

Perzeption des externen Demokratisierungsdrucks und Reaktionen in Algerien

Hanspeter Mattes

Aus: Sigrid Faath (Hrsg.): Demokratisierung durch externen Druck?
Perspektiven politischen Wandels in Nordafrika/Nahost, Hamburg 2005,
Kapitel V: Algerien. S. 127-178

Câalet agh tafat.
Neffudh an wali.
Qu'on nous donne la lumière,
Nous avons soif de voir.
Lounis Ait Menguellet

*Die Ausgangslage*¹

Die westlichen Demokratisierungsinitiativen (USA, EU, G8, Nato) beziehen alle die *Algerische Demokratische Volksrepublik* in ihre konzeptionellen Entwürfe mit ein, so dass der seit 1999 amtierende und am 8. April 2004 wiedergewählte Staatspräsident Bouteflika zwangsläufig dazu Stellung nehmen musste. Seine Antwort (und die nachgeordneter Politiker und Funktionäre) war klar und deutlich: Die Initiativen, allen voran die *Broader Middle East and North Africa Initiative* der USA, „betreffen uns nicht“.

Diese Position, die im folgenden präzisiert wird, führte allerdings nicht dazu, dass die algerische Staatsführung/Öffentlichkeit sich selbst keine Fragen zu diesen Demokratisierungsinitiativen gestellt hätte wie insbesondere über:

- *den Zeitpunkt der Initiativen.* Bei allen algerischen Gesprächspartnern herrschte der Eindruck vor, dass die Initiativen ausschließlich strategischen Überlegungen der USA, der EU-Staaten, der Nato und

¹ Die folgenden Ausführungen basieren neben den verfügbaren schriftlichen Dokumenten auf den Interviews mit über 20 Parlamentariern, dem bis zur Regierungsumbildung vom 1.5.2005 amtierenden Handelsminister Nouredine Boukrouh, Ex-Kultur- und Kommunikationsminister Abdelaziz Rahabi, hochrangigen Vertretern weiterer Ministerien, Vertretern der Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisation *Forum des Chefs d'Entreprises* (FCE), Journalisten und der zivilgesellschaftlichen Organisationen, die anlässlich eines Forschungsaufenthalts in Algerien vom 24.9.-12.10.2004 durchgeführt wurden.

G8 folgen. Während früher mit allen Staaten in der Region unabhängig vom politischen System paktiert wurde, solange dies den Handelsgeschäften und der Erdölsicherung dienlich war, stehe seit dem 11. September 2001 die Terrorismusbekämpfung im Mittelpunkt, wobei die These zugrunde gelegt werde, dass Demokratien weniger für Terrorismus anfällig seien. Diese neue Sichtweise der westlichen Staaten rief Misstrauen hervor. Immer wieder kolportiert wurden in der Tagespresse die als klar eingestufte Aussage von Ex-CIA-Chef James Woolsey:

„La mission de l'Amérique, aujourd'hui, est de civiliser le monde arabe et musulman, de démocratiser pour mettre fin à la menace qu'il constitue pour la « civilisation libérale ».“²

Ziel der Maßnahmen der USA seien deshalb zwangsläufig alle 22 arabischen Staaten, in denen es keine Demokratie gebe.

- *das Ziel der Demokratisierungsinitiativen.* Wenn das Ziel der Initiativen tatsächlich eine grundlegende politische Transformation in Richtung Demokratie sei, müsse sich dies deutlicher bei der Wahl der Kooperationspartner und der Höhe der eingesetzten Mittel zeigen.
- *die Mechanismen der externen Akteure,* um in Algerien (wie auch in anderen Adressatenstaaten der Initiativen) zur Demokratisierung beizutragen. Alle Gesprächspartner wiesen auf die schwierige Wahl der einzusetzenden Instrumente hin, auf den schmalen Grad zwischen Intervention und Kooperation; zugleich sei es aufgrund der strukturellen Verhältnisse in Algerien schwer, externe Projekte/Projektgelder sinnvoll einzusetzen bzw. zu absorbieren. Insbesondere der ehemalige Informations- und Kulturminister Rabahi fragte – ohne selbst eine Antwort zu haben – wie der externe Demokratisierungswunsch operativ umgesetzt werden könnte. Es sei vor allem zu klären, wer die Träger von Demokratisierung in Algerien sein könnten. Mit Sicherheit nicht die Parteien, die keine „richtigen Parteien“ seien, nicht das Parlament, das höchstens ein Anhängsel der Regierung sei und auch nicht der Gewerkschaftsverband, der nicht autonom sei.
- *den Stand der Demokratie* und der eingeleiteten politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Reformen im Lande in Form einer (kritischen) Bestandsaufnahme und Selbstreflexion (s.u.).

² Le Quotidien d'Oran, Oran, 8.4.2003 (Elle se déroulera dans l'ensemble du monde arabe. La quatrième guerre mondiale a commencé).

Die Demokratisierungsinitiativen und die in ihrem Kontext geforderte „good governance“ ließ die politische Kultur Algeriens nicht unberührt, insofern zum einen – wenngleich in bescheidenem Maße – mit Stellungnahmen darauf reagiert wurde, zum anderen indem semantisch auf die Reformforderungen eingegangen wurde und „bonne gouvernance“ oder „al-hukm al-salih“ neutral und ohne normative Ausrichtung in Bezug auf das politische System im Sinne von „guter Regierungsführung“ in den politischen Wortschatz des Landes übernommen wurde. Ein Beispiel ist die Studie von Abderrahmane Mebtoul mit dem Titel „Bonne gouvernance – démocratie et économie de marché“, die 2004 in Algier veröffentlicht wurde.

Die Demokratisierungsforderungen des Auslandes sind eng mit der Forderung nach allgemeinen Reformen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft verbunden. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich deshalb nicht ausschließlich auf die Demokratisierungsinitiativen und die inneralgerische Reaktion, sondern beziehen die gesamte Reformbereitschaft in diesen Bereichen mit ein, um zu bilanzieren, ob es autochthone Ansätze gibt, dem manifesten Reformstau zu begegnen, ob diese Reformansätze das Label „demokratisch“ oder „technokratisch“ verdienen und welchen Anteil an diesen Reformansätzen gegebenenfalls der externen Einflussnahme zufällt.

1. Externe Demokratisierungsinitiativen in der Perzeption der Staatsführung: „Das betrifft uns nicht“

Die Kernposition

Die algerische Staatsführung reagierte auf die westlichen Demokratisierungsinitiativen zwar einheitlich, doch verbergen sich hinter dieser Position unterschiedliche Nuancen hinsichtlich der Intensität der Ablehnung und der Begründung. Offensichtlich ist, dass die *Broader Middle East and North Africa Initiative* keine große Debatte auslöste, weder im politischen Raum, wo nur eine überschaubare Anzahl öffentlicher Kommentare abgegeben wurde, noch in der Presse. Dort gab es keine umfangreichen Dossiers und keine Diskussion der unterschiedlichen Aspekte, sondern nur eine kurze faktisch ausgerichtete Berichterstattung.³

³ Nach Angaben der Redaktion der auflagenstärksten arabischen Tageszeitung Algeriens, *al-Khabar*, gab es bis Herbst 2004 in ihrer Zeitung nur vier kurze Artikel. Diese mangelnde Mediatisierung könne aber auch, so der Chefredakteur Ali Djerri selbstkritisch, wegen mangelnder Informationen zu Fehleinschätzungen der Öffentlichkeit führen.

Als Hauptmotiv für die mangelnde Berichterstattung zu den Demokratisierungsinitiativen wurde die einheitliche politische „ablehnende Haltung“ und die Tatsache genannt, dass das Thema in Algerien ein „Unthema“ sei. Warum die externen Demokratisierungsinitiativen im Gegensatz zur Reformnotwendigkeit ein Unthema seien, wurde hauptsächlich historisch mit der Kolonisation und der unter vielen Opfern erkaufte nationalen Selbstbefreiung (nationaler Unabhängigkeitskampf 1954-1962) begründet, die eine hohe Sensibilität für die Aufrechterhaltung der nationalen Souveränität habe entstehen lassen mit entsprechendem Misstrauen gegenüber früheren Maßnahmen der Einflussnahme auf die politischen Strukturen wie den Barcelona-Prozess und nur zögerlicher Zustimmung zu einer modifizierten IWF-Restrukturierung in den 1980er Jahren.

Die Ablehnung der Demokratisierungsinitiativen hat aber auch zu tun mit der Eigenschaft: Algerien sei weder ein Staat wie der Sudan, der unter dem Verdacht des Genozids an der Bevölkerung in Darfur steht, der eine ausländische Einmischung rechtfertige, noch sei Algerien ein autoritärer Staat, der Wahlen ablehne, Reformen und die gesellschaftliche Modernisierung blockiere, internationalen Terrorismus unterstütze und nach Massenvernichtungswaffen strebe. Algerien sei folglich das falsche Zielland für externe Demokratisierungsinitiativen; diese seien etwas für die arabischen Golfstaaten, in denen es keine Parteien gebe, keine Wahlen, keine Beteiligung der Frauen am öffentlichen Leben usw.; in Algerien, im Maghreb insgesamt, seien die Verhältnisse ganz anders. Algerien präsentiert sich selbstbewusst als Demokratie und stuft sich deshalb als falscher Partner für Demokratisierungsinitiativen ein.

Unter chronologischen Gesichtspunkten lassen sich ab Frühjahr 2003 öffentliche Stellungnahmen und Kommentare nachweisen. In der halböffentlichen Tageszeitung *El Moudjahid* erschien im April 2003 z.B. unter dem Titel „La démocratie ne se décrète pas“ ein erster langer Kommentar, der zwar anerkannte, dass die Demokratie mehr und mehr zur universalen Norm werde, zugleich aber betonte, dass Algerien diesen „vitalen Parameter der Weltpolitik“ verstanden habe und deshalb Präsident Bouteflika seit langem an der Umsetzung dieser Demokratie arbeite: „L'Etat de droit, les libertés fondamentales tendent à devenir réalité“. Im Mai 2003 äußerte ein hochrangiger Mitarbeiter des Außenministeriums explizit vom Autor auf ausländische Demokratieinitiativen und den Nato-Mittelmeerdialog angesprochen zum einen Unzufriedenheit mit der Offerte fertiger Konzepte durch den Westen und zum anderen stellte er klar, dass Algerien wenn überhaupt nur in dem Maße auf die Offerten eingehe, wie dies algerischen Interessen nütze. Eine deutliche schriftli-

che Stellungnahme folgte allerdings erst knapp ein Jahr später im Kontext der Vorbereitungen für den Ende März 2004 in Tunis geplanten Gipfel der Arabischen Liga, der zum Hauptgegenstand der Beratungen die Reform der Arabischen Liga und ihre Reaktion auf die Demokratisierungsinitiativen des Westens hatte. Im Vorfeld des Gipfeltreffens veröffentlichte das algerische Außenministerium am 8. März 2004 eine offizielle Erklärung, in der es betonte, dass sich Algerien von dem Demokratisierungsprojekt der amerikanischen Initiative nicht betroffen fühlt, „*puisqu'elle y évolue depuis plusieurs années*“.⁴ Der algerische Außenminister Belkhadem ließ am gleichen Tag in einem Interview mit der ägyptischen Tageszeitung *al-Ahram* mit identischer Argumentationslinie („*L'Algérie jouit de la liberté d'expression et d'un Parlement élu par le peuple*“) seinerseits verlauten, dass die amerikanische Initiative „*n'apporte rien de nouveau à l'Algérie*“.⁵ Im politischen Umfeld der Gipfelkonferenz der Arabischen Liga und dem für Juni 2004 geplanten G8-Gipfel in Sea Island gab es in der algerischen Presse weitere (vereinzelte) Presseartikel, die sich mit dem „Versuch der Amerikaner auseinandersetzen, die arabische Welt zum politischen Laboratorium zu machen“.⁶ Insbesondere die Wiederwahl Präsident Bouteflikas am 8. April 2004, gefolgt vom Besuch des französischen Präsidenten Chirac am 15. April, setzte einen zusätzlichen Akzent, weil – so die Informationen aus dem algerischen Außenministerium – Frankreich daran denke, ein „Gegengewicht“ zur „Greater Middle East Initiative“ zu schaffen.⁷ Mit anderen Worten: Algerien hat sich nicht nur gegenüber westlichen Demokratisierungsinitiativen zu positionieren, sondern auch noch Rivalitäten und unterschiedliche Zielsetzungen innerhalb der Initiativen ins Kalkül zu ziehen.

Im Vorfeld des G8-Gipfels im amerikanischen Sea Island am 9. Juni 2004 gab es die bislang letzte „Häufung“ von offiziellen Stellungnahmen

⁴ Associated Press, Algier, 9.3.2004 (Alger dit non à l'initiative du projet américain du « Grand Moyen Orient »). Zugleich kritisierte die Erklärung des Außenministeriums heftig den ägyptischen Präsidenten, der u.a. als Revanche für den algerischen Vorschlag, den Posten des Generalsekretärs der Arabischen Liga nicht immer mit einem Ägypter zu besetzen, sondern rotieren zu lassen, das algerische Demokratisierungsbeispiel mit Bezug auf den Bürgerkrieg als Konsequenz auf die übereilte politische Öffnung 1989 kritisierte: „*L'Algérie n'était pas un bon exemple à suivre en matière de démocratisation*.“ Vgl. zum Kontext *Le Quotidien d'Oran*, Oran, 6.3.2004 (Les régimes arabes face au Grand Moyen-Orient Américain. Le chantage à l'algérienne).

⁵ *El Moudjahid*, Algier, 10.3.2004 (M. Belkhadem dans une interview au quotidien égyptien *El Ahram*).

⁶ Vgl. *El Watan*, Algier, 8.3.2004 (Un projet controversé).

⁷ *Liberté*, Algier, 13.4.2004, nach BBC Monitoring, London (Editorial on US, French race for influence in Algeria).

zur Thematik, mit den bereits bekannten Positionen. Am 9. Mai 2004 konzidierte Außenminister Belkhadem zwar allgemein Nachholbedarf in der arabischen Welt in Sachen Demokratie und teilte mit,

„que les pays arabes oeuvrent à l'élaboration d'un document commun global qui encourage la démocratie, protège les libertés individuelles et collectives et renforce la place de la femme et de la société civile,“

dass aber in diesem Rahmen Algerien keinerlei Bedarf habe. Algerien reformiere sich seit 15 Jahren (d.h. seit 1989).⁸ Im übrigen habe jedes Land entsprechend den Umständen seinen eigenen Reformrhythmus.

Präsident Bouteflika, einer der fünf arabischen Staatschefs, die die Einladung von Präsident Bush zum G8-Gipfel erhielten bzw. annahmen,⁹ ließ im Vorfeld des Gipfels ein „Memorandum on reforms in Algeria“ verteilen, das nach Bouteflikas Auffassung zeigen sollte, dass sich Algerien im Hinblick auf demokratische Öffnung in der *pole position* befinde. Die Artikulation des „Das betrifft uns nicht“ durch Bouteflika gegenüber den Gipfelteilnehmern und ihren Demokratisierungsanliegen war folglich nur die pointiert zusammengefasste algerische Position.

Im zweiten Halbjahr 2004 nahm zwar Algerien, in der Regel vertreten durch Außenminister Belkhadem, an diversen Veranstaltungen (u.a. G8-Außenministertreffen in New York im September; Forum for the Future/Forum de l'Avenir in Rabat im Dezember) teil, ohne dass sich die Position veränderte. Im Gegenteil: Die ablehnende Haltung verstärkte sich sogar unterschwellig, sichtbar am deutlichen Plädoyer des algerischen UN-Botschafters Abdallah Baâli für eine erneuerte Nord-Süd-Partnerschaft, die Entwicklung und ihre gesunde Finanzierung in den Mittelpunkt stellte und sich auf Armutsbekämpfung, nachhaltige Entwicklung, Technologietransfer usw., also die zentralen Belange der Länder des Südens konzentrierte. Unausgesprochen stand die Reihenfolge „erst Entwicklung, dann Demokratie“ im Raum.¹⁰ Ab Dezember 2004 dann erneut anlässlich des *Forum for the Future* in Rabat die Frage, „quel rôle pour l'Algérie dans l'initiative du Grand Moyen-Orient“¹¹ und Präsident Bouteflikas historisierendes, an Einheitsgedanken anknüpfendes Diktum: „We do not recognize a greater Middle East or a lesser

⁸ Le Matin d'Algérie, Algier, 10.5.2004 (Belkhadem: L'Algérie n'a nullement besoin de réformes dictées de l'extérieur).

⁹ Die anderen vertretenen Staaten waren Bahrain, Jemen, Jordanien sowie Afghanistan. Präsident Mubarak lehnte eine Teilnahme ab; zu den Details der (Nicht-)Teilnahmen und den Gründen vgl. El Watan, Algier, 27.5.2004 (Les invités de Bush au G8).

¹⁰ Vgl. El Moudjahid, Algier, 6.10.2004 (ONU-Développement. M. Baâli plaide pour un partenariat Nord-Sud rénové).

¹¹ Liberté, Algier, 12.12.2004.

Middle East, rather as an Arab nation, we believe in a unified Middle East.“¹²

Diese offizielle Position überdeckt indes nuancierte Stimmen aus der Regierungsmannschaft und der Ministerialbürokratie, die zwar vom Tenor her analog ausgerichtet sind, aber doch andere Akzente setzen. Im folgenden sollen zwei solcher Stimmen kurz näher vorgestellt werden; die erste stammt von Handelsminister Noureddine Boukrouh, die zweite vom Kabinettsleiter des beigeordneten Ministers für Staatsbeteiligungen und Investitionen, Si Mohand Arab.¹³

Minister Boukrouh geht von der inneralgerischen Situation aus, die dem Überstehen eines Unwetters gleiche. Derzeit atme man auf, aber ob die heutige Situation „bénéfique“ sei, d.h. sich die Lage zum Guten gewandelt habe oder nicht, werde sich erst zeigen. In jedem Fall seien Reformen notwendig; es führe kein Weg an ihnen vorbei, auch weil das internationale Umfeld und der aus der Globalisierung resultierende Anpassungsdruck dies erzwingen. Über das Tempo und die Intensität der Reformen entscheiden im Einzelfall die nationalen Ausgangsbedingungen. Aber der Druck zur Anpassung und Reform könne in keinem Fall von externen Staaten kommen, schon gar nicht der in allen arabischen Staaten unglaublichen USA, die Reformen und Demokratisierung aus Eigeninteresse im Rahmen des Antiterrorkampfes fordere. Partner könne höchstens eine reformierte UNO sein, die multilaterale Strukturen hoch halte. Innerhalb dieser Strukturen habe die EU mit ihrem Barcelona-Prozess und insbesondere das unbelastete Deutschland einen hohen Bonus als Kooperationspartner bei der Umsetzung inneralgerischer Reformen, in erster Linie im Bereich der Verwaltung, des Bildungs- und Gesundheitswesens, der Justiz, bezüglich des Personalstatuts und der Investitionsförderung. Boukrouh war aber ohne großen Optimismus hinsichtlich des Erfolgs der Reform, da er zu viele Unwägbarkeiten sieht.¹⁴ Hauptproblem sei – so der literarisch und historisch versierte Minister – die mentalitätsmäßig noch in der Zeit vor den europäischen Religionskriegen, die der Aufklärung den Weg bahnten, verhaftete Bevölkerung der arabischen Staaten. Erst im Ansatz gebe es in den arabischen Staaten den

¹² So in seiner Rede vor dem Gipfel der Arabischen Arbeitsorganisation in Algier am 12.2.2005; vgl. BBC Global Monitoring, London, 12.2.2005 (Algerian President stresses reform); vgl. auch *Le Quotidien d'Oran*, Oran, 21.2.2005 (Les exigences américaines).

¹³ Basis sind die Interviews während des Forschungsaufenthaltes.

¹⁴ Diese beziehen sich auf die Blockadehaltung des Gewerkschaftsverbandes UGTA und die Islamisten, die erfolgreich ihren Widerstand religiös verbrämen. Deshalb die Aussage Boukrouhs, dass Reform ohne Säkularisierung nicht möglich ist; gerade die Säkularisierung werde aber gegenwärtig durch die Stärke des islamistischen Populismus verhindert.

Krieg mit den Islamisten. Trotz des Bürgerkrieges in Algerien stehe das Land erst am Anfang grundlegender Auseinandersetzungen und des Kampfes gegen die Obstruktionspolitik der Islamisten gegen die gesellschaftlichen Modernisierungsmaßnahmen, die die Rechte der Paternalisten und Patriarchatsverfechter beschneiden. Damit Reformen zum Erfolg werden, unabhängig ob sie von innen kommen oder von außen angestrebt werden, müsse in jedem Fall ein Mentalitätswandel („*changement de mentalités*“) stattfinden, wobei auch Boukrouh bekannte, keine Antwort darauf zu haben, wie dieser herbeigeführt werden könne. Auch gebe es viele Gegenentwicklungen, namentlich die Ruralisierung der algerischen Gesellschaft, der ausgeprägte Konservatismus der Bevölkerung im algerischen Hinterland (d.h. außerhalb der Großstädte Algier, Oran, Annaba) und die mangelnde Repräsentativität der Parteien, die sich nicht für gesellschaftliche Belange engagieren, sondern Instrumente zur Befriedigung personeller Interessen seien. Die strukturelle Reformfähigkeit in Algerien sei deshalb als insgesamt niedrig einzuschätzen.

Mohand Arab bezeichnete den Zeitpunkt, zu dem ihm die Frage nach dem inneralgerischen Reformprozess und möglichen externen Verbindungen gestellt wurde, als *opportun*. Innerhalb Algeriens sei der Terrorismus am Abklingen, die Stabilität sei wiedergewonnen, die Präsidentenwahl im April 2004 habe Bouteflikas Reformprozess eindeutig bestätigt und die hohen Erdöleinnahmen gestalteten die makroökonomischen Rahmenbedingungen so positiv wie seit 1991 nicht mehr. Anerkannt wurde der Reformstau, der sich sowohl aus internen wie externen Faktoren ergeben habe: Intern primär wegen des jahrelang verfolgten sowjetischen Entwicklungsmodells, das seine Ineffizienz bereits in den 1980er Jahren manifestierte und im Zeitalter der Globalisierung erst recht inadäquat wurde. Extern wegen dem Globalisierungsdruck und der „Notwendigkeit, mitzumachen oder auf der Strecke zu bleiben und nur dahin zu vegetieren“. Politische und ökonomische Transformation sei notwendig, aber – so die Einschränkung – diese müsse einem internen Willen („*volonté interne*“) entspringen. Ausländische Reformunterstützungsangebote würden nicht außer acht gelassen, sondern studiert, aber in Anspruch genommen werde nur das, „was uns passt“. Druck von außen, bestimmte Reformen umzusetzen, sei kontraproduktiv. Algerien habe parallel dazu (Forschungs-)Interesse an den Transformationsprozessen anderer Staaten wie z.B. Rumänien, Ungarn, Polen. Gewonnene Erkenntnisse wären dann zu „algerianisieren“, d.h. für die lokale Anwendung anzupassen.¹⁵

¹⁵ Die Nachfrage, ob angesichts des schon längeren Transformationsprozesses in den ehemaligen Ostblockstaaten und der längeren inneralgerischen Diskussion bereits

Reformen und Demokratisierung: Die Selbstevaluierung der Regierung

Der Zwang zur politischen und wirtschaftlichen Transformation einerseits und externe Reformanbahnungen andererseits veranlassten die algerische Regierung verstärkt dazu, die eigenen Reformanstrengungen herauszustellen und auf bereits erzielte Erfolge zu verweisen mit dem Ziel, das „es betrifft uns nicht“ faktisch zu untermauern.

Die algerischen Stellungnahmen kreisen dabei sowohl um den historischen Verlauf der Reformen als auch inhaltliche Aspekte. So ist es inzwischen geläufiger Standard darauf hinzuweisen, „que l’Algérie s’est engagée à la fin des années 80 dans un processus de démocratisation qui a permis l’ouverture de nouvelles perspectives dans plusieurs domaines“ (Arbeits- und Sozialminister Louh, 2. Oktober 2004).¹⁶

Mohamed Hannèche, Generaldirektor der Europaabteilung im Außenministerium, präzisierte seinerseits, dass sich Algerien im Augenblick im Stadium der dritten Generation von Reformen¹⁷ befinde: „Il s’agit de l’instauration progressive d’un état de droit et de citoyenneté, de la restructuration de son économie et surtout de la professionnalisation des forces armées et des forces de sécurité“.¹⁸ Hannèche zeigte sich zwar offen für internationale Kooperation in den genannten Reformbereichen, machte aber zur Bedingung, dass diese Kooperation „angepasst, effizient, ausgewogen und verhandelt“ ist.

Die inhaltlichen Aspekte der Reformbilanz werden in ihren großen Linien von Präsident Bouteflika persönlich bei spezifischen Einzelanlässen vorgegeben. Diese wurden allerdings nie komplett präsentiert, sondern stets dem Anlass entsprechend selektiv ausgebreitet. Die Gesamtdarstellung ist dem Text „Memorandum on reforms in Algeria“ vorbehalten, wo die Phasen und die sektoralen Programme zusammengestellt sind. Beispiele seit Sommer 2004 sind

- anlässlich der Ankündigung eines Wohnungsbauprogrammes im August 2004 die Präzisierung des wirtschaftlichen Aufschwungprogrammes („Programme de soutien à la relance économique PSRE II“ im Umfang von 50 Mrd. \$ für den Zeitraum 2005-2009);¹⁹

Forschungsgruppen in Osteuropa unterwegs waren, wurde mit „nein“ beantwortet; dies sei Aufgabe des Forschungsministeriums!

¹⁶ L’Expression, Algier, 3.10.2004 (Louh).

¹⁷ Als erstes Stadium bezeichnete er die Einleitung der politischen und ökonomischen Öffnung 1989; als zweites Stadium die Sicherung der internen Stabilität nach Beginn des Bürgerkrieges 1992.

¹⁸ Persönliches Gespräch im Mai 2003 und analog El Watan, Algier, 14.12.2004 (M. Hannèche: On veut des programmes négociés).

¹⁹ Vgl. El Moudjahid, Algier, 29.8.2004 (Relance économique. La grande offensive); Details s.u.

- im Oktober 2004 anlässlich verschiedener Reden zum Stand der Umsetzung seines Reformprogrammes die Betonung der drei zentralen Transformationsachsen: erstens Wirtschaftsreformen, zweitens Rechtsstaat und drittens Demokratie und Staatsautorität;²⁰
- anlässlich des Nepad-Gipfels im November 2004 die Betonung der Verpflichtung zur Demokratie;
- anlässlich der Konferenz der afrikanischen Parlamentarier in Algier Ende November die Betonung, dass es „keine gute Regierungsführung (bonne gouvernance) ohne Rechtsstaat, wirkliche Demokratie und politischen Pluralismus“ gebe²¹ oder
- anlässlich des Jahreswechsels 2004/2005 die Betonung von Rechtsstaat, Demokratie und Menschenrechten als Kern der Reformen verbunden mit dem Hinweis auf die bereits erreichten „großen Fortschritte“.²²

2. Eine realistischere Situationsanalyse: Problemstau und Reformdefizite

Nicht nur der Chefredakteur der arabischen Tageszeitung *al-Khabar*, Ali Djerri, wies in seinem Interview auf die große Diskrepanz zwischen dem etatistischen Diskurs²³ und den realen Verhältnissen, also den tatsächlichen Ausgangsbedingungen im politischen Raum, in Wirtschaft und Gesellschaft hin.

Die 2002, 2003 und 2005 veröffentlichten „Arab Human Development Reports“, verfasst von Mitarbeitern des arabischen Regionalbüros der UNDP, führten die bestehenden Entwicklungsdefizite und Reformstaus deutlich vor Augen. Die in diesen Berichten allgemein aggregiert für die arabischen Staaten gemachten Aussagen sollen im folgenden Abschnitt am Beispiel Algeriens spezifiziert werden.

2.1. Inländische Ausgangslage

*Kurzcharakterisierung der politischen Ausgangslage*²⁴

Der algerische Essayist und politische Schriftsteller Aissa Khelladi schrieb in seinem Buch „*Démocratie à l'algérienne*“, dass es für „die Algerier schwer sei, an die Demokratie im Land zu glauben“,²⁵ weil die

²⁰ Vgl. El Moudjahid, Algier, 22.10.2004 (Bouteflika – des transformations majeures).

²¹ Vgl. die Rede Bouteflikas in: El Moudjahid, Algier, 30.11.2004.

²² Vgl. El Moudjahid, Algier, 14.1.2005 (Des avancées majeures).

²³ Der „discours étatiste“ wurde in Gesprächen oft auch mit dem „discours élitiste“ gleichgesetzt.

²⁴ Im folgenden geht es nicht um eine politologische Institutionenanalyse und Darstellung der Verfassungsgeschichte seit der Unabhängigkeit, sondern um zentrale Aspekte der aktuellen Situation.

²⁵ „Difficile de croire en la démocratie algérienne quand on est algérien“; Khelladi, Aissa: *Démocratie à l'algérienne*. Les leçons d'une élection, Algier 2004, S. 64.

Struktur des politischen Systems²⁶ und das Fehlen einer breiten demokratischen Bewegung²⁷ nach einer (allerdings durch die islamistische Bewegung und den Bürgerkrieg 1992-1999 massiv bedrohten) Öffnungs- und Liberalisierungsphase im Anschluss an die Verfassungsänderung vom Februar 1989 heute wieder auf einen „Zaimismus“²⁸ hinauslaufe. Dieser „Zaimismus“, gespeist aus den im Hintergrund fortwirkenden autoritären Strukturen, der mangelnden Bereitschaft, politische Macht abzugeben, einer Kontrollobsession der politischen Transformation, ist indes nicht ohne innere Widersprüche. Obwohl Präsident Bouteflika in der privaten Presse unterstellt wird, dass er kein Demokrat sei und auch nicht angetreten sei, Algerien zu demokratisieren, wird ihm zugebilligt, das Land auf dem Weg der Terrorismusbekämpfung, der Überwindung der außenpolitischen Isolation, vor allem aber der Wiedererrichtung der staatlichen Autorität und eines „starken Staates“ („état fort“) vorangebracht zu haben.

Trotz der Tolerierung kleiner Freiheiten im zivilgesellschaftlichen Bereich²⁹ bleibe aber zu konstatieren, dass Pluralität und Demokratie keine Elemente des politischen Ordnungskonzeptes sind, das Bouteflika konsequent verfolgt. Bouteflika habe vielmehr, so Ali Djjerri und Aissa Khelladi in ihren faktisch belegten Ausführungen,³⁰ die Regierungs- und Oppositionsparteien domestiziert³¹ und als rivalisierende Machtquellen ausgeschaltet, den Regierungschef zum reinen Exekutor seines Regierungsprogrammes degradiert,³² die Armeeführung dazu gebracht, ihre erklärte politische Neutralität trotz Bedenken gegenüber dem Kurs Bouteflikas aufrechtzuerhalten, die Gewerkschaften außerhalb der UGTA

²⁶ Vgl. hierzu im Detail Faath, Sigrid: Algerien. Gesellschaftliche Strukturen und politische Reformen zu Beginn der neunziger Jahre, Hamburg 1990.

²⁷ Parteien, die vorbehaltlos demokratisch (in einem westlich liberalen Verständnis) sind, mit der Befürwortung eines laizistischen Staatsverständnisses, also der Ablehnung religiös definierter Freiräume außerhalb der Volkssouveränität, existieren in Algerien nicht.

²⁸ Von arabisch „za'im“ (Führer), d.h. hier ein (Staats-)Führer der mit nahezu uneingeschränkter Macht herrscht.

²⁹ Diese führt der politische Analyst Chikhaoui auf den konzentrierten Einsatz der Sicherheitskräfte gegen den Terrorismus zurück; eine zweite Front der Sicherheitskräfte gegen die Zivilgesellschaft und Kritiker von Missständen stand demgegenüber zurück, vor allem weil die Grenzlinie des Tolerierbaren/Untolerierbaren politisch, nicht militärisch zu ziehen ist.

³⁰ Djjerri gemäß Interview; Khelladi in seiner Studie „Bouteflika. Un homme et ... ses rivaux“ (Algier 2004), wo er die Schwäche der Gegner Bouteflikas und damit ihre Fähigkeit, die Ambitionen des Präsidenten zu begrenzen, analysiert.

³¹ Vgl. unter: www.algeria-watch.org/fr/article/analyse/benderra_opposition.htm den Beitrag von Benderra, Omar: La question du pouvoir et les limites de l'opposition démocratique en Algérie (6.5.2004).

³² Vgl. die diesbezüglichen Artikel der geplanten Verfassungsmodifikation.

permanent in ihrem Handlungsspielraum eingeschränkt³³ und die Arbeit der privaten Presse und Menschenrechtsorganisationen durch Einzelmaßnahmen wie den Entzug von Werbeaufträgen und Verhaftungen³⁴ von Journalisten und Menschenrechtlern unter dubiosen Diffamierungsvorwürfen³⁵ – zuletzt im Februar 2005 Dr. Salah-Eddine Sidhoum – massiv behindert. Zugleich wurden soziale Proteste nicht politisch gelöst, sondern mittels Repression bekämpft oder versucht, sie durch spezifische Finanzaufwendungen (staatliches Ausgabenprogramm) zu beschwichtigen.³⁶ Der Präsident habe zusätzlich den Regionalisierungsfaktor bedient, indem er besonders 2003/2004 bevorzugt bei der Einsetzung von Walis, Richtern usw. Personen aus seinem regionalen Umfeld und seines Vertrauens – jenseits des Kompetenzkriteriums – berücksichtigt habe.³⁷ Er bediente damit genau jenes demokratiefeindliche Systemelement, das bereits der von islamistischen Terroristen ermordete Soziologe M'hammed Boukhobza³⁸ brandmarkte.

Boukhobza hatte schon am 28. Juni 1990 in der Tageszeitung *El Moudjahid* die immer noch unbeantwortete Frage gestellt, ob in einem unterentwickelten Land ein demokratisches politisches System, das eine Entscheidungsfindung verankern will, die nicht auf Erwägungen klientelistischer, ethnischer oder regionaler Basis beruhe, überhaupt möglich und durchsetzbar sei. Das Fortbestehen struktureller Bedingungen der Unterentwicklung nach der Unabhängigkeit Algeriens, die eine breite Schicht der Bevölkerung in die Überlebensstrategien der Großfamilien-solidarität und die klientelistischen Beziehungen einband, begünstigte das Entstehen eines außerinstitutionellen Bereichs, dessen Regeln die Großfamilien oder die klientelistischen Bezugsgruppen aufstellen; diese wiederum durchdrangen über ihre einzelnen Mitglieder die Bürokratie und die staatlichen Institutionen, die gemäß klientelistischen Abhängigkeitsbeziehungen und Loyalitätszwängen durch den Druck der jeweiligen Großfamilie/Klientelgruppe auf das Individuum den Erfordernissen dieser Solidaritäten und Abhängigkeiten angepasst wurden. Die Demo-

³³ Vgl. als Beispiel: Plainte déposée par la fédération national du personnel de la justice au niveau de la FIDH, et le BIT contre le gouvernement algérien, 25.2.2005, 5 S.

³⁴ Vgl. Länderbericht Algerien, in: Nahost Jahrbuch 2004, Wiesbaden 2005.

³⁵ Vgl. im Detail: Centre El Khaber des Etudes Internationales. La notion de la diffamation dans les médias algériennes, Algier 2004, 92 S. französisch/110 S. arabisch.

³⁶ Vgl. Schmid, Bernhard: Algerien in den ersten Wochen 2005: soziale Revolten, Streiks und Repression (28.2.2005), unter: www.labournet.de.

³⁷ Vgl. El Watan, Algier, 1.3.2005 (Les 99 noms de la corruption) zum „System Bouteflika“ der Postenbesetzung.

³⁸ Vgl. sein Hauptwerk: Ruptures et transformations sociales en Algérie, Algier 1989, 2 Bände.

kratisierung eines solcherart regulierten politischen Systems ohne eine entsprechende parallel verlaufende wirtschaftliche Entwicklung, die eine Aufhebung jener Überlebensstrategien theoretisch möglich machen würde, schätzte Boukhobza als sehr schwierig ein; er hat posthum angesichts von rund 16 Mio. Algeriern, die gegenwärtig in Armut leben, recht behalten.³⁹

Fazit: Trotz Wahlen zur Nationalversammlung (zuletzt im Mai 2002) und pluralen Präsidentschaftswahlen (zuletzt im April 2004), d.h. einer formal demokratischen Fassade, sind die internen Entscheidungsmechanismen und -spielräume so eingeschränkt, dass immer mehr algerische Analysten davon ausgehen, dass sich Algerien von einer „*démocratie limitée*“ in ein System der „*pouvoir absolu*“ transformiere.⁴⁰

Kurzcharakterisierung der ökonomischen Ausgangslage

Die wirtschaftspolitische Ordnung, die sich der FLN nach der Erlangung der Unabhängigkeit gab, war dem Zeitgeist und der Ideologie des FLN entsprechend zwar entwicklungsorientiert, zugleich jedoch nationalistisch und etatistisch. Die algerische Revolutionsführung optierte spätestens seit Ende der 1960er Jahre (1. Dreijahresplan ab 1967) zur Überwindung des ökonomischen Entwicklungsrückstandes für das Modell der „industries industrialisantes“, deren zentraler Sektor die Schwerindustrie war. Diese Entwicklungsstrategie bedingte eine dreifache Abhängigkeit, die sich zunehmend intensivierte, und zwar 1. hinsichtlich der Technologie, 2. hinsichtlich der Agrarproduktion, deren Vernachlässigung immer stärkere Importe nach sich zog, und 3. hinsichtlich von Auslandskapital zur Finanzierung des Entwicklungsmodells mit der Folge einer rasant ansteigenden Auslandsverschuldung. Zugleich hat der Erdöllexport und die damit verbundenen Deviseneinnahmen zur Herausbildung eines Rentenstaates geführt, dessen distributive Mechanismen neben den industriellen Investitionen großzügige Sozialsubventionen enthielten.⁴¹ Alle Aspekte zusammen verursachten das Scheitern des algerischen Entwicklungsmodells, wobei erste Anzeichen hierfür sich bereits Ende der 1970er Jahre herauskristallisierten. Die eigentliche Krise für das algerische Plansystem stellte sich 1986 ein, als der vom Weltmarkt verur-

³⁹ Vgl. L'Orient-Le Jour, Beirut, 9.4.2004 (Algérie. 16 millions d'habitants en dessous du seuil de pauvreté).

⁴⁰ Vgl. hierzu auch Khelladi, *Démocratie*, a.a.O. (Anm. 26), S. 147 ff.

⁴¹ Finanzminister Abdellatif Benachou wies denn auch der Subventionspolitik im besonderen und dem Rentiersystem im allgemeinen die Hauptschuld an der Blockade der inneren Reformen im Wirtschaftsbereich zu; vgl. Liberté, Algier, 23.11.2004 (Benachou tire sur la coalition. Le système rentier bloque les réformes).

sachte drastische Rückgang der Erdöleinnahmen die Dysfunktionen der strukturell abhängigen algerischen Wirtschaft offenbarte und den langsamen Abbau des distributiven Rentenstaates (mit entsprechenden politischen und sozialen Konsequenzen) einleitete.

Die im Sinne einer Selbstkurierung ab 1987 eingeleiteten Maßnahmen, die u.a. im Rahmen der propagierten Austeritätspolitik erste Importbeschränkungen, 1988 eine Reform der Staatsunternehmen durch die Verselbständigung der Unternehmen in acht sektorspezifische Holdinggesellschaften, 1990 die Liberalisierung des Preisgestaltungswesens und die Gewährung monetärer Unabhängigkeit für die algerische Zentralbank umfassten und die makroökonomische Stabilität ins Zentrum der Reform-/Austeritätspolitik stellten, waren indes letztendlich zum Scheitern verurteilt. Sie waren viel zu gradualistisch, für die Dimension der Probleme zu homöopathisch und wurden von den Reformern gegen Widerstände⁴² nicht energisch genug durchgesetzt. Diese Widerstände kamen nicht nur aus den Reihen des Parlaments, der Parteien *Front de Libération Nationale* (FLN), *Rassemblement National Démocratique* (RND) oder *Parti des Travailleurs* (PT), sondern auch aus den Reihen der administrativen Elite und den Leitungsebenen der Staatsunternehmen, die um ihren Einfluss fürchteten.⁴³ Die Ausbremsung der Reformen war aber auch Resultat der sich akzentuierenden politischen Auseinandersetzung mit den Islamisten der *Islamischen Heilsfront* (FIS).

⁴² Zur Methode, wie offiziell (mit Blick auf die Außenwirkung) Wirtschaftsreformen beschlossen werden, intern dann aber ausgebremst werden, gibt es Hinweise in: Algéroscope. L'Algérie en chiffres 2004, Algier, Oktober 2004, S. 49; die Blockade geschieht auf legalem Weg, wo zu Gesetzen wie z.B. dem Gesetz über die Schaffung von Freihandelszonen einfach die Durchführungsverordnungen nicht verabschiedet wurden: „En égard aux nombreuses expériences passées, il y a fort à craindre que ces textes d'application ne tardent à paraître ou ne paraissent jamais.“ (S. 49)

⁴³ Die Reformpolitik der Regierung, die sich im Plazet zugunsten der Marktwirtschaft, der stärkeren Integration in die Weltwirtschaft und in der Fortsetzung der seit 1994 praktizierten Restrukturierungspolitik niederschlägt, erfährt von zwei Seiten Widerstand. Die eine Seite ist der sozialmotivierte Widerstand, wie er vor allem von der UGTA formuliert wird. Der UGTA-Vorsitzende Sidi Said ist nach den akzeptierten hohen restrukturierungsbedingten Arbeitsplatzverlusten der Vorjahre derzeit (2004/2005) nicht mehr bereit, die Arbeitnehmer weiter zu belasten und Entlassungen hinzunehmen, unabhängig davon ob es sich um Entlassungen wegen Betriebsschließungen oder wegen Restrukturierungen handelt. Der zweite Widerstand ist politischer Natur und speist sich aus nach wie vor virulenten nationalistisch und sozialistisch geprägten Ansichten. Ihren Ausdruck findet diese Haltung in der Befürwortung einer regulativen Staatsrolle und der Ablehnung der ordnungspolitischen Option Marktwirtschaft. So wird z.B. dem Generalstabschef Heer, General Mohamed Touati, eine Ablehnung des „free market approach“ (Maghreb confidential, London, 5.9.2002) nachgesagt. Touati ist folglich auch gegen die Öffnungspolitik im Energiesektor und Gegenspieler von Energieminister Chakib Khelil.

Mit der Ablösung von Premierminister Ghazali 1992 setzten sich jene zentralistischen reformfeindlichen FLN-Kräfte durch, die nicht nur Befürworter paternalistischer Praktiken und einer zentralen Wirtschaftsverwaltung waren, sondern auch „pathologische Verweigerer“ einer volkswirtschaftlich notwendigen Umschuldung. Dieser Rückfall, eng verbunden mit dem Namen Belaid Abdessalam, hatte eine weitere Degradation der algerischen Wirtschaft zur Folge, so dass spätestens Anfang 1994 der finanzielle Kollaps unausweichlich schien. Erst in dieser Situation und unter dem neuen Premierminister Mokdad Sifi kam es zu einem quasi erzwungenen *Stand by agreement* mit dem IWF, das 1995 und 1996 Umschuldungen in Höhe von über 14 Mrd. \$ mit dem *Pariser Club* bzw. dem *Londoner Club* ermöglichte. Diese Zugeständnisse, gepaart mit neuen Kreditzusagen in Milliardenhöhe, hatten allerdings ihren Preis, nämlich die Verpflichtung der algerischen Regierung zur Umsetzung einer „Politik der strukturellen Anpassung“ (PSA). Die PSA sah in ihrem Kern die generelle Liberalisierung der Wirtschaft (ordnungspolitisches Ziel: Marktwirtschaft), die sukzessive Liberalisierung des Außenhandels, eine Abwertung des Algerischen Dinar, eine Anhebung des Zinsniveaus, Inflationsbekämpfung und den Abbau von Subventionen vor. Die Dank der PSA nach 1994 erreichte makroökonomische Stabilisierung Algeriens und die wenngleich mit Reibungsverlusten umgesetzte Reformpolitik, darunter die Reform des Staatssektors einschließlich erster Privatisierungsmaßnahmen,⁴⁴ fand zwar das Lob des IWF und der internationalen Geldgeber, war aber mit massiven sozialen Kosten erkauft.

Die seit Mitte der 1980er Jahre in Angriff genommenen Wirtschaftsreformen konnten trotz ihres relativen Erfolges nie die drei strukturellen Hauptprobleme lösen, die den Bereich der Sozioökonomie kennzeichnen. Zum einen fehlte das 7%ige Wirtschaftswachstum, das sich der seit 15. April 1999 amtierende Präsident Bouteflika über eine Laufzeit von zehn Jahren vor Unternehmern am 3. November 2001 als Voraussetzung

⁴⁴ Weder das „mise-à-niveau“ (Erhöhung der betrieblichen Leistungsfähigkeit durch Reorganisationsmaßnahmen) defizitärer Staatsbetriebe noch die Privatisierung von Staatsbetrieben war bislang eine Erfolgsgeschichte; vgl. Privatisation. Dans l'attente d'une bonne réforme, in: Algéroscope. L'Algérie en chiffres 2002, Algier 2002, S. 38-41 sowie Mebtoul, Abderrahmane: L'Algérie face aux enjeux de la mondialisation. Bonne gouvernance-démocratie et économie de marché, Algier 2004, S. 179 ff. (La stratégie de privatisation); Wirtschaftsprüfer Mebtoul kritisiert, dass zwischen 1991 und 2002 20 Mrd. \$ in das mise-à-niveau der Staatsbetriebe gesteckt wurden – „sans résultats probants“ (S. 163).

für eine signifikante Entlastung des Arbeitsmarktes⁴⁵ und eine spürbare Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung wünschte; zum anderen überfordern die Missstände und Defizite in jedem Teilbereich (Infrastruktur; Gesundheit; Bildung; Wohnungsbau usw.) für sich die insgesamt für eine Sanierung/Bedarfsdeckung zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel. Die genannten drei strukturellen Hauptprobleme sind erstens die kontinuierliche, seit zwei Dekaden andauernde Verarmung der algerischen Bevölkerung, zweitens der immer noch überdimensionierte ineffiziente öffentliche Sektor und drittens die nach wie vor extreme Abhängigkeit der algerischen Wirtschaft vom Kohlenwasserstoffsektor.

Fazit: Die ordnungspolitische Entwicklung des Wirtschaftssektors hing und hängt wesentlich vom innenpolitischen Kräftespiel ab, das wiederum stark, aber nicht ausschließlich von den inneralgerischen Auswirkungen des Globalisierungsprozesses (d.h. auch der Umsetzung des EU-Assoziationsvertrages und des vorbereiteten WTO-Beitritts) beeinflusst wird. Noch ist, so der Ökonom Nordine Grim, „die algerische Wirtschaft Geißel der Politik“⁴⁶ mit zwei Konsequenzen: Die erste quantitative Konsequenz ist die magere Bilanz aus 15 Jahren ökonomischem Reformprozess; ob Reform des öffentlichen Sektors, Bankenreform, Bekämpfung der Parallelmärkte, Investitionsförderung usw., die eingeleiteten Schritte blieben stark hinter den Erfordernissen zurück und trotz den Willensbekundungen hinsichtlich der Fortsetzung und Vertiefung der ökonomischen Reformen sei – so Grim – „die letzten fünf Jahre (d.h. seit 1999, dem Beginn der Amtszeit von Präsident Bouteflika) festzustellen, dass der Weg sogar offen ist für eine Rückentwicklung“.⁴⁷

Die zweite Konsequenz, qualitativer Natur, war die Inkonsistenz der Wirtschaftsreformen nach 1994. Grim urteilte nüchtern:

„Otage de la politique et des turbulences sociales, les réformes économiques ont perdu au fil des ans leur cohérence et les objectifs qui leur étaient initialement fixés.“⁴⁸

Wenngleich die Herausforderungen an die algerische Wirtschaft enorm sind, so sind die Analysten mit Blick auf die anstehende Ratifizierung

⁴⁵ Der Arbeitsmarkt ist derzeit mit einer offiziellen Arbeitslosenrate von 23 % belastet, die real noch weitaus höher liegt. Vgl. Algéroscope 2002, a.a.O. (Anm. 45), S. 46 ff. (Emploi. Un secteur ébranlé).

⁴⁶ Vgl. sein bereits in zweiter Auflage erschienenes Buch Grim, Nordine: L'économie algérienne – ôtage de la politique, Algier 2004, ²2005.

⁴⁷ Ebenda, S. 18 (innerhalb des Kapitels: Le bilan mitigé de quinze années de réformes économiques).

⁴⁸ Ebenda, S. 153 f. (Clarifier le débat sur les réformes économiques); vgl. auch L'Orient-Le Jour, Beirut, 9.4.2004 (Malgré une aisance financière, les réformes progressent lentement en Algérie).

des EU-Assoziationsabkommens und des WTO-Beitritts optimistisch, dass dadurch massiver externer Zugzwang entsteht, der die algerischen Entscheidungsträger endlich zur dezidierten und kohärenteren Aktion veranlasst.⁴⁹

Kurzcharakterisierung des gesellschaftlichen Problemstaus

Die beiden zentralsten ungelösten Konfliktfelder mit nachhaltiger Auswirkung auf die Stabilität und die Entwicklungsperspektiven Algeriens sind identitärer Art: Erstens die Auseinandersetzung um die sog. Sprachenfrage (Arabisch/Berberisch) als vordergründiger Aspekt einer umfassenderen ethnischen Identitätsproblematik, und zweitens die Rolle der Religion im Staat, insbesondere der Stellenwert des Islam im Gesellschaftskonzept.⁵⁰ Beiden Auseinandersetzungen ist eigen, dass sie weder durch externen politischen Druck noch durch entwicklungspolitische Maßnahmen beeinflusst werden können, sei es weil Ansatzpunkte hierfür fehlen, sei es weil bei den beiden sensiblen Themen jegliche Einmischung umgehend auf den Souveränitätsvorbehalt stößt.

Ein drittes Konfliktfeld, die Diskussion um die Rolle der Frau in der Gesellschaft und ihre juristische Regelung, ist nach über 20jähriger Diskussion⁵¹ mit der Verabschiedung des neuen Familienstatuts (Ordonnanz Präsident Bouteflikas vom 27. Februar 2005) zwar legislativ vorerst gelöst; inhaltlich gibt es aber von Frauenorganisationen immer noch maßgebliche Kritik an der zu schariakonformen, patriarchalischen Ausgestaltung des Textes. Die (westliche) Unterstützung der Frauenorganisationen ist von daher immer noch opportun.

2.2. Die ausländischen Situationsanalysen der Reformbemühungen

Analog der unterschiedlichen inneralgerischen Wahrnehmung der politischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ausgangslage ist je nach den dominierenden Eigeninteressen und des politischen Kalküls auch die

⁴⁹ Grim weist in diesem Zusammenhang zu Recht daraufhin, dass angesichts der verhandelten Verträge die algerische Seite nach innen den möglichen Vorwurf der „Verletzung der nationalen Souveränität“ außer Kraft setzt; zugleich könnte der Abschluss der beiden internationalen Abkommen als einziger Ausweg Präsident Bouteflikas interpretiert werden, wegen interner Blockaden ökonomische Reformbewegung zu erzwingen. Ob soviel Taktik aber zu unterstellen ist (wie es ein Vertreter des *Forum des Chefs d'Entreprises* tat), ist fraglich.

⁵⁰ Vgl. zu den beiden hier nicht näher ausgeführten Konfliktpotentialen meinen Überblick in der Stabilitätsanalyse Algerien, in: Faath, Sigrid (Hrsg.): Stabilitätsprobleme zentraler Staaten: Ägypten, Algerien, Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und die regionalen Auswirkungen, Hamburg 2003, S. 159-198, hier S. 194-197.

⁵¹ Ausgangspunkt war der „Code de la famille“ vom Juni 1984.

ausländische Einschätzung der inneralgerischen Reformdebatte und Reform-/Demokratisierungsschritte durch Regierungen, Ratingagenturen, Menschenrechtsorganisationen usw. sehr unterschiedlich und teilweise sogar widersprüchlich. Zentrale Positionsbestimmungen ausgewählter Institutionen/Akteure sollen dies verdeutlichen.

Politischer Bereich. Die Bilanzierung der politischen Veränderungen in Algerien stand 2003/2004 vor allem in den USA im Mittelpunkt. Während *Freedom House* angesichts anhaltender Gewalt, fehlender politischer Verantwortlichkeit und Transparenz, fortgesetzter Vorenthaltung oder Verletzung von Menschenrechten Algerien wie in den Jahren seit 1998 nur mit dem Ranking 6,5 („not free“) ausstattete⁵² und auch das U.S. Department of State in seinem „Country report on human rights practices Algeria 2004“ vom Februar 2005⁵³ die anhaltend schlechte Menschenrechtssituation anprangerte,⁵⁴ was Kritik in der algerischen Presse auslöste,⁵⁵ waren die meisten anderen Stellungnahmen aus den USA positiv oder stellten zumindest – immerhin ist Algerien ein strategischer Partner der USA – bewusst positive Einzelentwicklungen in den Mittelpunkt. So lobte Russel Mead, Mitglied des *Council of Foreign Relations* und ehemaliger Berater von Henry Kissinger, anlässlich eines Besuchs in Algier im April 2004 den „sehr starken demokratischen Geist in Algerien“ und hob wie zahlreiche republikanische Senatoren den Modellcharakter der algerischen Antiterrorismuskoooperation und des Engagements im Nato-Mittelmeerdialog hervor.⁵⁶ Amerikanische Politiker sind aber nicht nur mit der sicherheitspolitischen Entwicklung zufrieden,⁵⁷ sondern sehen auch große Verbesserungen im Bereich Demokratie und Menschenrechte. Der Assistant Secretary of State für Demokratie, Menschenrechte und Arbeit, Lorne W. Craner, sprach in Algier im Januar 2004 davon, dass sich die Situation in allen Bereichen „nettement

⁵² Details www.freedomhouse.org/research/freeworld/2004/countryratings/algeria.htm.

⁵³ Vollständiger Text unter www.state.gov/g/drl/rls/hrrpt/2004/41718.htm.

⁵⁴ „The Government’s human rights record remained poor overall and worsened in the area of press freedoms; however there are significant improvements in some areas“ (gemeint sind vor allem die Einschränkung von extralegalem Verhalten der Sicherheitsorgane und die Kriminalisierung von Folter).

⁵⁵ Vgl. z.B. den Kommentar von El Haj Zouaimia, in dem der Autor die konservativen Kreise in den USA kritisierte, die „Algerien nicht als demokratisches Land anerkennen“, in: *El Watan*, Algier, 9.6.2004 (L’Algérie mal vue à Washington).

⁵⁶ Vgl. *El Moudjahid*, Algier, 14.4.2004 (Le Dr. Walter Russel Mead à El Moudjahid); im Dezember 2004 schob er auf einer neuerlichen Pressekonferenz in Tunis nach, dass die USA mit dem „demokratischen Leben und der Pressefreiheit“ in Algerien zufrieden seien (*El Moudjahid*, 9.12.2004); *La Tribune d’Algérie*, Algier, 5.3.2005 (L’Algérie modèle de la lutte contre le terrorisme. L’expérience algérienne examinée au Congrès américain).

⁵⁷ Vgl. *El Moudjahid*, Algier, 3.8.2004 (L’Algérie est devenue sécuritairement sûre).

améliorée“ habe,⁵⁸ und US-Botschafter Richard W. Erdman assistierte ihm im November: „L’Algérie a accompli de grands pas sur la voie de la démocratie.“⁵⁹ Im Zuge der intensiven politischen Annäherung und Kooperation zwischen beiden Staaten folgten seither weitere in Algerien zwangsläufig stolz vorgezeigte Berichte des Tenors, Algerien sei in Sachen Demokratie, Menschenrechte, Pressefreiheit usw. ein „Modell, dem es nachzueifern gelte“.⁶⁰

Ökonomischer Bereich. Die Bilanzierung der algerischen Wirtschaft bzw. der unter Präsident Bouteflika umgesetzten Wirtschaftsreformen schwankt gleichfalls je nach Einrichtung und dahinterstehenden Interessen. Die ihre Methodologie offenlegenden Ratingagenturen, die einen wissenschaftlichen Anspruch vertreten, sind in ihrer Bewertung deutlich kritischer als politische Einrichtungen bzw. Politiker. Die *Heritage Foundation* platziert z.B. Algerien auf ihrem „Index of economic freedom 2005“⁶¹ mit einem Wert von 3,49 nur auf Rang 114 (von 155 bewerteten Staaten), was nur zur Kategorie „mostly unfree“ reicht. Algerien hat sich danach seit 2002 wieder kontinuierlich verschlechtert und nahezu den Ausgangswert von 1999 (3,59) vor Amtsantritt Bouteflikas erreicht. Ähnlich schlechte Rankings erzielt Algerien beim „Global competitiveness index 2004“ des Davoser *Weltwirtschaftsforums*⁶² (Wert: 3,67; Rang 71 von 104) und beim „Corruption perceptions index 2004“ von *Transparency International* (Wert: 2,7; Rang 97 von 146).⁶³ Demgegenüber sind die amerikanischen Wirtschaftskreise mit ihrem Engagement im Erdöl-/Energiesektor ausgesprochen positiv eingestellt. So bewertete der Leiter des *U.S.-Algeria Business Council* im Februar 2005 das Geschäftsklima als günstig und kommentierte nach einer Mitglieder-delegationsreise:

⁵⁸ Vgl. sein Interview mit El Moudjahid, Algier, 26.1.2004 (M. Craner). Das Bureau of Democracy, Human Rights and Labour gibt seit 1999 auch jährlich den „International religious freedom report“ heraus. Im Bericht von 2004 wurde Algerien nur minimal kritisiert (vgl. www.uscirf.org).

⁵⁹ Vgl. den großen gleichlautenden Artikel in: El Moudjahid, Algier, 24.11.2004.

⁶⁰ Vgl. El Moudjahid, Algier, 24.12.2004 (Le Département d’Etat US souligne les grandes avancées de L’Algérie); L’Expression, Algier, 2.3.2005 (Démocratie, droits de l’homme, liberté de presse, terrorisme et disparus: Washington satisfait de Bouteflika); dort heißt es: „Washington, en plein rapprochement avec Alger, considère désormais notre pays un « modèle à suivre ».“

⁶¹ Vgl. www.heritage.org/research/features/index/country.cfm?id=Algeria.

⁶² Vgl. zu den entsprechenden Tabellen www.weforum.org. Der Globalwert setzt sich aus vier Teilindizes zusammen; das gute Abschneiden beim „Macroeconomic environment index“ (wegen der Erdölpreisentwicklung) mit Rang 40 (Wert: 4,23) relativiert die schlechten Werte beim „Public institutions index“ (Wert: 4,13; Rang 67), beim „Growth competitiveness index“ (Wert: 3,67; Rang 71) und beim „Technology index“ (Wert: 2,67; Rang 98).

⁶³ Vgl. TI Quarterly, Berlin, Dezember 2004, S. 12 (Survey).

„Il y a un désir des compagnies américaines à venir en Algérie. Elles sont conscientes des réformes menées dans le pays. On va vers la privatisation. Je ne pense pas qu'il y ait un blocage. Au contraire, le business est ouvert.“⁶⁴

Eine Mittelposition nehmen neben französischen Akteuren wie der COFACE, die vor den neuen Gefahren der algerischen Wirtschaft warnt,⁶⁵ die internationalen Finanz- und Entwicklungsinstitutionen ein. Diese sehen zwar in einigen Bereichen Fortschritte, bewerten aber die Gesamtlage als weiterhin kritisch und dringend reformbedürftig. Die UNDP forderte deshalb im Sommer 2004 die „Verdoppelung der Anstrengungen“⁶⁶ und eine sechsköpfige IWF-Studiengruppe meinte nach ihrem Besuch in Algerien im Oktober 2004, dass die erdölpreisbedingte Makrolage mit ihren positiven Auswirkungen auf den Abbau der Auslandsschulden und die Zahlungsbilanz zwar „assez favorable“⁶⁷ sei, aber die Regierung bei den *strukturellen* Reformen weitaus mehr tun könnte.⁶⁸

3. Reform- und Kooperationsbereitschaft der Staatsführung

3.1. Interne Handlungsebene

Wenige Tage nach seiner mit 84 % Ja-Stimmen überraschend deutlichen Wiederwahl für eine neue Amtszeit skizzierte Präsident Bouteflika vor 300 Persönlichkeiten aus dem In- und Ausland in einer Grundsatzrede die sieben Achsen des Reformprozesses für die nächsten fünf Jahre (2004-2008).⁶⁹ Abgesehen von konkreten Zielvorgaben (Unterstützung produktiver Investitionen; 100.000 neue Unternehmen binnen fünf Jahren; 2 Mio. neue Arbeitsplätze bis 2008; Bau von 1 Mio. Wohnungen; Förderung der Privatisierung und des „mise-à-niveau“ der bestehenden industriellen Infrastruktur) zählten hierzu:

- die Vollendung der „nationalen Versöhnung“, die von Bouteflika als Grundvoraussetzung für die Herbeiführung von Prosperität für die algerische Nation eingestuft wird;

⁶⁴ El Watan, Algier, 24.2.2005 (Algérie – Etats-unis: Le climat des affaires est favorable).

⁶⁵ Vgl. die Risikokarte der COFACE in: L'Intelligent/Jeune Afrique, Paris, 13.3.2005 (Algerien wird mit „B“ bewertet: „Environnement économique et politique incertain“).

⁶⁶ Le Matin, Algier, 17.7.2004 (Rapport du PNUD. L'Algérie doit redoubler d'efforts).

⁶⁷ El Moudjahid, Algier, 25.10.2004 (Selon des experts du FMI: La situation macro-économique en Algérie est « assez favorable » en 2004).

⁶⁸ Details vgl. Le Quotidien d'Oran, Oran, 25.10.2004 (Le « peut mieux » du FMI).

⁶⁹ Vgl. den Text seiner Rede vom 13.4.2004 (Algier, Hotel Aurassi), in: El Moudjahid, Algier, 14.4.2004 und Mebtoul, a.a.O., Annexe V (Les axes de redressement national entre 2004/2008), S. 209-214.

- der Aufbau eines starken und modernen Staates,⁷⁰ der seine Legitimität aus der Anwendung von Demokratie zieht;
- die Modernisierung der algerischen Wirtschaft, deren Zentrum kompetitive Unternehmen sind;
- der Abbau von „Fragilitäten“,⁷¹ die das Gleichgewicht der algerischen Gesellschaft gefährden;
- die Umsetzung einer Sozial- und Kulturpolitik „à la mesure des ambitions des Algériens“;
- die Modernisierung des Verteidigungspotentials der Nationalen Volksarmee sowie
- die Konsolidierung des Platzes und der Interessen Algeriens im internationalen Kräftespiel.

Dieser rhetorisch bekundete Reformwille fand seither in einer Fülle weiterer präsidentialer Verlautbarungen und Stellungnahmen der Regierung ihren Niederschlag, denen zufolge das Jahr 2005, begünstigt durch die hohen Deviseneinnahmen, zum „Beginn der Reformwende“ werde.⁷²

„Algérie doit absolument accélérer le processus pour tourner une page de son histoire et en entamer une autre qui colle au troisième millénaire. La conjoncture financière est une donnée positive exceptionnelle pour réaliser ce grand bond qualitatif.“⁷³

Die Umsetzung der notwendigen Reformen sei eine der „fundamentalen Aufgaben“, die sich direkt aus dem Wahlsieg Bouteflikas und dem Vertrauen in seine Reformkapazitäten, das damit ausgesprochen wurde, ableiten lasse. Reformen seien dabei kein Selbstzweck, sondern kämen den zukünftigen Generationen zugute.⁷⁴ Es sei Zeit, mit dem Taktieren und der Nachlässigkeit aufzuhören („pas de place au laxisme“) und das Zögern zu überwinden,⁷⁵ die Reformbewegung zu intensivieren,⁷⁶ selbst wenn sich die „politische Öffnung nicht ohne Schmerzen“ (so Bouteflika am 20. Februar 2005) vollziehen lasse. Diese Diskursvorgaben wurden

⁷⁰ „Etat fort“ wird hier mit Rechtsstaat gleichgesetzt, was den hohen Stellenwert der angestrebten Justizreform bedingt.

⁷¹ Als hauptsächlichste Schwäche wurde von Bouteflika das Ungleichgewicht zwischen Mann und Frau hinsichtlich der eingeräumten Rechte genannt.

⁷² Vgl. El Moudjahid, Algier, 7.11.2004 (Réformes – le grand tourment) und ebenda, 29.12.2004 (Réformes. 2005 – année phare).

⁷³ El Moudjahid, Algier, 16.1.2005 (2005 – L’année du parachèvement des grandes réformes).

⁷⁴ El Moudjahid, Algier, 11.11.2004 (Pour les générations futures) und ebenda, 21.2.2005 (Bouteflika: une politique résolument tournée vers l’avenir).

⁷⁵ Bouteflika am 28.11.2004; vgl. El Moudjahid, Algier, 29.11.2004 (Réformes. La fin des hésitations).

⁷⁶ Dieser Aufruf war insbesondere an die UGTA ergangen, die Privatisierungen reserviert gegenübersteht. Vgl. Rede Bouteflikas vor Mitgliedern der UGTA am 24.2.2004, in: El Moudjahid, Algier, 25.2.2004 (Intensifier le mouvement réformateur).

von Regierungschef Ouyahia und anderen Kabinettsmitgliedern – abgewandelt auf ihr Ressort – mit ähnlicher Medienpräsenz aufgegriffen.⁷⁷

Die Umsetzung des artikulierten Handlungswillens vollzog sich je nach Policy-Bereich unterschiedlich und war/ist mit unterschiedlicher Bereitschaft zur Kooperation mit dem (westlichen) Ausland verbunden. Entscheidend für den bisherigen (und auch zukünftigen) Reform- und Demokratisierungsverlauf war/ist das innenpolitische Kräftespiel zwischen Status-quo-Befürwortern bzw. Reformgegnern und Reformprotagonisten; diese und ihre vertretenen Strategien lassen sich wie folgt abgrenzen:⁷⁸

Status-quo-Befürworter. Hierzu zählen derzeit vereinzelte Regierungsmitglieder wie z.B. Außenminister Belkhadem, Religionsminister Ghlamallah; die konservativen Teile der in der Nationalversammlung vertretenen Regierungsparteien FLN und RND; die islamistischen Parteien, die sich nach Auffassung von Handelsminister Boukrouh gegen alles stemmen, was einen Mentalitätswandel erfordert (wie z.B. die Reform des Familienstatuts); die ideologisch links stehenden Parteien (wie PT), die wirtschaftspolitische Reformen (in erster Linie Privatisierungen und Subventionsabbau) ablehnen; die konservativen Fraktionen in der Administration und große Teile des Gewerkschaftsverbandes UGTA; ein Großteil der Führungskader des öffentlichen und auch privaten Sektors, die direkt von der Aufrechterhaltung der Rentenökonomie profitieren.

Die Vertreter dieser Strömung sind bislang nicht institutionell vernetzt, verfügen aber über ein hohes medienpolitisches Potential, um für ihre Hauptzielsetzungen:

- zumindest kurzfristig die Aufrechterhaltung der Rentenökonomie,
- die Aufrechterhaltung der bestehenden Monopolstrukturen (d.h. Ablehnung des EU-Assoziationsabkommens und des WTO-Beitritts wegen der damit verbundenen Liberalisierung der Märkte),
- die Blockade des Demokratisierungsprozesses im allgemeinen wegen der Gefahr, dass Demokratie im politischen Bereich unweigerlich soziale und wirtschaftliche Demokratie (Marktwirtschaft) nach sich zieht (und vice versa)

⁷⁷ So heißt es z.B. im Quotidien d'Oran vom 25.1.2005 (Le chef du gouvernement défend les réformes): „Le chef du gouvernement développera également un discours résolument agressif quant à la nécessité de mener à bien et à terme toutes les réformes.“

⁷⁸ Die folgenden Ausführungen greifen Überlegungen von Abderrahmane Mebtoul (a.a.O., Anm. 45, S. 166 ff.: Stratégie des acteurs internes-externes) auf.

im politisch-öffentlichen Raum zu werben.⁷⁹ Dabei werden alle Register der Beeinflussung und Manipulation gezogen und die negativen Entwicklungen in Argentinien oder Venezuela genauso (über- und verzerrt) ins Spiel gebracht wie die passenden Argumente der Antiglobalisierungsgegner. Zugleich wird politisches Kapital aus den nachweislich existierenden sozialen Spannungen gezogen, die sich in der Argumentation der Reformgegner nur verschärfen können, wenn der Staat weiter liberalisiert.

Reformprotagonisten. Sie werfen den Reformgegnern zu Recht vor, keinerlei operationelle Lösung für den bestehenden Reformstau vorzulegen und zu verdrängen, dass die heutigen Probleme Resultat von 30 Jahren staatsmonopolistischer Wirtschaft sind. Die Reformprotagonisten haben ein ähnliches Verbreitungsprofil wie die Reformgegner, allerdings haben sie den Vorteil, dass sie zentralere Schaltstellen besetzen, darunter den Posten des Regierungschefs. Regierungschef Ahmed Ouyahia,⁸⁰ damit beauftragt, das „präsidientielle Programm“ umzusetzen, gilt als „unermüdlicher Arbeiter“, dem es gelang, „den Konflikt in der Kabylei einzugrenzen und einer Regelung zu zuführen, den Privatisierungsprozess der öffentlichen Unternehmen wieder in Gang zu bringen, Regierung und Gewerkschaftsverband UGTA einander anzunähern und mit ihm ein ‚historisches‘ Abkommen über die Reform des Kohlenwasserstoffsektors zu schließen“.⁸¹ Ouyahia ist der signifikanteste Vertreter der internen reformorientierten Akteure, die des weiteren umfassen: die Reformer innerhalb des (bis 30. April 2005 wirkenden) Kabinettes wie z.B. Handelsminister Boukrouh, Energieminister Khélil oder Finanzminister Benachenhou; die jeweilige Reformfraktion der politischen Parteien; Segmente der Administration; die größten Teile der nicht religiös verorteten Zivilgesellschaft; die Reformkader des öffentlichen Sektors und jene Vertreter der Privatwirtschaft (Arbeitgeberorganisationen) und des informellen Sektors, die für marktwirtschaftliche Verhältnisse, eine Reform des Eigentumsrechts, eine Verwaltungsreform, Bankenreform usw. eintreten.

⁷⁹ Mebtoul, a.a.O., S. 164 meint denn auch zu Recht: „Les rentiers sont bien là; ils constituent une force sociale active et ce n'est pas une simple vue de l'esprit. D'une manière étrange, ils prônent la défense de la République, mais, fait unique dans les annales de l'histoire, sans la Démocratie, et invoquent un slogan qui n'existe nulle part dans le monde de l'économie de marché étatique spécifiquement algérienne.“

⁸⁰ Ouyahia war bereits Regierungschef von 1995-1998; er ist unter Präsident Bouteflika seit 5.5.2003 im Amt. Während seiner ersten Amtszeit galt er als der bislang „unpopulärste“ Regierungschef in der Geschichte des Landes. Heute hat sich die Einschätzung stark zu seinen Gunsten verändert.

⁸¹ Nouvel Afrique-Asie, Paris, März 2005 (La méthode Ouyahia).

„Il existe une multitude d’entrepreneurs dynamiques à ce niveau pour accélérer l’instauration de l’économie de marché concurrentielle par le renforcement des forces sociales favorables aux réformes.“⁸²

Die reformistische Strömung, deren zwei Hauptzielsetzungen Demokratie und soziale Marktwirtschaft („économie de marché humanisée“) und damit die Überwindung des monopolistischen Rentenmodells unter Berücksichtigung der Grundregeln demokratischer Entscheidungsfindung und Transparenz sind, konzentrieren sich auf der operativen Ebene auf vier Aspekte:

- das Disengagement des Staates im wirtschaftlichen Bereich und seine Konzentration auf Regulierungsaufgaben, dies jedoch in allen Bereichen (Politik, Wirtschaft, Gesellschaft);
- eine generelle Demonopolisierungspolitik (Ziel ist nicht die Ablösung der staatlichen durch private Monopole); die Privatisierung wird als Hauptstrategie zur Dynamisierung von arbeitsplatzschaffenden Investitionen angesehen;
- die Anpassung der Wirtschaft an die Erfordernisse der Globalisierung;
- die Herbeiführung dauerhafter budgetärer Gleichgewichte sowie die Stärkung des Nichtkohlenwasserstoffsektors.

Diese Ziele – die von den Protagonisten des „état providence“, des rentenstaatlichen Überflusstaaes, kategorisch mit Hinweis auf die derzeit höheren Deviseneinnahmen und die Devisenreserven von 40 Mrd. \$ abgelehnt werden – sind zwangsläufig nur etappenweise umzusetzen, da das jeweils notwendige gesetzliche Regelwerk dem Kräftespiel in der Nationalversammlung unterliegt,⁸³ das sich nur mittelfristig beeinflussen lässt.⁸⁴

Zugleich sind nach Ansicht der Reformer parallel zwei Handlungsstränge umzusetzen: Erstens eine Medienkampagne, in der die Notwendigkeit der Reformen und ihre positiven Auswirkungen auf die Gesellschaft sowie die Popularisierung der Reformkräfte in den Mittelpunkt gestellt wird, und zweitens die Verabschiedung/Umsetzung von sozialen Maßnahmen, die die negativen Effekte der Demonopolisierung bzw. Privatisierung kompensiert bzw. die Grundbedürfnisse der Bevölkerung in den Sparten Wohnraum und Gesundheitsvorsorge sichert. Die Transparenz des Reformprozesses hat als Grundregel zu gelten, an die sich alle Reformbefürworter zu halten haben.

⁸² Mebtoul, a.a.O. , S. 167.

⁸³ Die Verzögerung der seit Jahren geplanten Reform des Kohlenwasserstoffgesetzes ist dafür ein Beispiel par excellence.

⁸⁴ Mebtoul nennt dies „réconfiguration du personnel politique“, die Voraussetzung für eine Stärkung des Reformtrends sei.

Reformmaßnahmen

Konkret ergaben sich in den letzten beiden Jahren hinsichtlich des Reformprozesses deutliche Verschiebungen. Diese betrafen zum einen die Handlungsbereiche. Während nach Aussagen zahlreicher Interviewpartner im *Maison de la Presse* (Algier) als Folge der in den 1990er Jahren dominierenden bewaffneten Auseinandersetzungen mit Islamisten und dem Konflikt in der Kabylei seit 2001 der Faktor Religion und die Sprachenfrage noch ganz oben auf der Problemagenda platziert waren, sind sie 2004/2005 nur noch zwei (nachrangige) Probleme unter anderen, während die sozialen und ökonomischen Probleme (Wohnungsmangel, Gesundheitsprobleme, Armut, Kaufkraftverlust usw.) dominieren. Die zweite feststellbare Verschiebung ist die innere Akzeptanz von Reformen, auch in sensiblen Bereichen (Justizreform, Polizeireform),⁸⁵ die sich in konkreten Einzelmaßnahmen äußert. Hierzu zählen institutionelle Neugründungen wie die *Commission Nationale de Bonne Gouvernance* durch Regierungschef Ouyahia am 5. März 2005 (Aufgabe: Evaluierung des Reformprozesses und Vorschläge zu dessen Optimierung),⁸⁶ die Einberufung des *Conseil National de la Femme* am 8. März 2005, nachdem der Rat bereits vor acht Jahren gegründet wurde (Aufgabe: Evaluierung der nationalen Frauenpolitik und Handlungsvorschläge),⁸⁷ oder die Einsetzung der *Commission Nationale pour l'Amnistie Générale* gleichfalls im März 2005 im Rahmen der Politik des Präsidenten zur Herbeiführung der „nationalen Versöhnung“. Hierzu gehören aber auch Maßnahmen, die sich erst langfristig auswirken, wie die Stärkung der Befugnisse von Verwaltungsgerichten (Dezember 2004) oder die spezielle Managementschulung von dezentralisierten Verwaltungs- und Selbstverwaltungseinrichtungen: „Das ist ein Novum in der Geschichte unserer Gemeinden“ schreibt angesichts solcher Neuerungen der *El Moudjahid*.⁸⁸

Am deutlichsten manifestiert sich der zu konzedierende Reformwille der Staatsführung jedoch derzeit im ökonomischen Bereich. Im Windschatten der Direktiven Präsident Bouteflikas zur dringenden Umsetzung wirtschaftlicher und sozialer Reformen zur Sicherung der Gegenwart und Zukunft (Posterdlära)⁸⁹ Algeriens haben sowohl Regierungschef

⁸⁵ Vgl. hierzu meine für den Sommer 2005 separat geplante Teilstudie.

⁸⁶ Details zur Kommission in: *La Tribune*, Algier, 10.3.2005 (Création de la CNBG).

⁸⁷ Vgl. *Le Quotidien d'Oran*, Oran, 9.3.2005 (Le Conseil National de la Femme installé).

⁸⁸ *El Moudjahid*, Algier, 16.12.2004 (Gestion des communes. Première promotion de secrétaires généraux formés aux techniques du management).

⁸⁹ Vgl. aus der Fülle der entsprechenden Äußerungen Bouteflikas *El Moudjahid*, Algier, 4.12.2004 (Les réformes et l'après-pétrole: Bouteflika avertit) sowie sein Interview mit *Arabes*, Paris, Februar 2005, S. 12-13 (Confiance et détermination).

Ouyahia als auch die Minister mit wirtschaftlichen Ressorts sowie die regierungsloyale Presse entsprechende Absichtserklärungen abgegeben. Bereits kurz nach der Wiederwahl Bouteflikas im April 2004 versprach im Mai das Regierungsprogramm eine „fünfjährige Regierungszeit der Prosperität“⁹⁰ und die Regierung betonte mehrfach, dass nichts die (Wirtschafts-)Reformen aufhalten kann.⁹¹ Präsident Bouteflika seinerseits machte nach der Sommerpause deutlich, dass „keinerlei Konservatismus und keine Rentenlogik (mit Blick auf die Erdöleinnahmen) die Reformbewegung und die Anpassung der algerischen Wirtschaft an die notwendigen Veränderungen bremsen werde“.⁹² Es war dann der Wirtschaftsberater des Präsidenten, der ehemalige Minister für Staatsbeteiligungen/Reformen Abdelhamid Temmar, der den Reformwillen sowohl inhaltlich entlang der Zielvorgabe einer dezidierten Öffnung konkretisierte⁹³ und an der Ausgestaltung der konkreten Einzelmaßnahmen der wirtschaftlichen Dynamisierung⁹⁴ bzw. der Formulierung des „algerischen Marshallplanes“ wesentlich beteiligt war. Der „algerische Marshallplan“ basiert auf den (gegenwärtigen) positiven Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Transformation⁹⁵ und knüpft an den „Plan de Soutien à la Relance Economique 2001-2004“ (PSRE I) an, in dessen Rahmen 7 Mrd. US-\$ in Infrastrukturprojekte flossen. Der seit Sommer 2004 vorbereitete „PSRE II 2005-2009“ (auch „Plan de Consolidation de la Croissance Economique“) ist zwar vom Parlament noch nicht verabschiedet, doch lagen seit September 2004 die Programmeckdaten vor, namentlich die Investitionssumme in Höhe von 50 Mrd. \$ (10 Mrd. \$ per annum)⁹⁶ und die Hauptinvestitionssektoren. Sowohl von Handelsminister Boukrouh (einem der Hauptprotagonisten des Privatisierungsprozesses) als auch von Si Mohand Arab sind als die fünf Hauptsektoren, innerhalb derer PSRE-II-Gelder investiert werden sollen, die Wasserwirt-

⁹⁰ So lautete die Überschrift des am 11.5.2004 vom Kabinett verabschiedeten Regierungsprogrammes; vgl. El Moudjahid, Algier, 12.5.2004 (Le quinquennat de la prospérité).

⁹¹ Le Quotidien d'Oran, Oran, 18.10.2004 (Rien n'arrêtera les réformes).

⁹² Zitiert nach Arabies, Paris, November 2004 (Algérie. Réformes à tout prix).

⁹³ Vgl. El Moudjahid, Algier, 28.1.2005 (Temmar plaide pour une ouverture plus franche).

⁹⁴ Vgl. El Moudjahid, Algier, 18.8.2004 (Relance économique. Des chantiers décisifs).

⁹⁵ Kabinettschef Si Mohand Arab (s.o.) nannte hier die Ausstattung mit Erdöl/Erdgas und insbesondere die gegenwärtig hohen Deviseneinnahmen aus dem Energieexport, die Nähe Algeriens zu Europa bzw. die Scharnierfunktion des Landes zwischen Europa und (Schwarz-)Afrika sowie die „gut ausgebildete jugendliche Bevölkerung (sic!)“.

⁹⁶ Die Finanzierung erfolgt nicht über Kreditaufnahme, sondern durch Devisenüberschüsse des Erdölexports. Vgl. El Moudjahid, Algier, 29.8.2004 (Relance économique. La grande offensive).

schaft, der Wohnungsbau (2 Mio. Wohnungen), die Verkehrsinfrastruktur, der Gesundheitssektor und das Bildungswesen genannt worden. Parallel dazu sollen jene Reformen vorangetrieben werden, die arbeitsplatzschaffende ausländische Investitionen stimulieren.⁹⁷ Die endgültigen Plandaten des „algerischen Marshallplanes“ nannte dann Präsident Bouteflika in seiner Rede zum Jahrestag seiner Wiederwahl vor einer Konferenz von „Kadern der Nation“ am 7. April 2004 (4.200 Mrd. AD/55 Mrd. \$).⁹⁸

3.2. Externe Handlungsebene

Die externe Handlungsebene umfasst zwei Teilebenen: Zum einen die Disposition Algeriens zur Kooperation mit dem Ausland, d.h. die Bereitschaft, überhaupt mit ausländischen Institutionen in eine partnerschaftliche Beziehung zu treten, und zum anderen die Motive und Interessenkonstellation ausländischer Staaten und Einrichtungen, in Algerien mit algerischen Partnern aktiv zu werden bzw. politische und ökonomische Entwicklungsprozesse zu beeinflussen.

Teilebene I. Im Unterschied zu den 1970er und 1980er Jahren ist in den letzten fünf Jahren eine größere Kooperationsoffenheit mit dem Ausland festzustellen. So wich die algerische Regierung von ihrer früheren Reserviertheit ab und duldet – über die klassische technische Zusammenarbeit der GTZ hinaus – die Tätigkeit deutscher Parteistiftungen, die sich auf die zivilgesellschaftlichen Gruppen konzentriert,⁹⁹ wenngleich die Parteistiftungen bislang nicht über einen offiziellen Status verfügen. Aber auch in anderen Bereichen wie der sensiblen Juristen- und Richterfortbildung („mise-à-niveau judiciaire“) kam es zu einer früher in dieser Form undenkbarer Kooperation mit Frankreich und Spanien.¹⁰⁰ Im Wirtschaftsbereich ist schließlich neben der Bereitschaft zur engeren Koope-

⁹⁷ Vgl. die Angaben der Regierung gegenüber einer hochrangigen französischen Wirtschaftsdelegation im Februar 2005; Le Monde, Paris, 13.2.2005 (L'Algérie accélère les réformes pour attirer les investissements). Trotzdem werden auch gegenläufige Entscheidungen getroffen wie die Anweisung vom Sommer 2004, dass Staatsunternehmen für ihre Geschäfte ausschließlich staatliche Banken nutzen dürfen.

⁹⁸ Details BBC Global Monitoring, London, 7.4.2004 (Algerian president announces multi-billion dollar economic programme).

⁹⁹ So heißt es im El Moudjahid, Algier 7.10.2004 (Fondation Friedrich Ebert. Favoriser l'espace de coordination des ONG): „A ce titre, l'Allemagne demeure le pays le plus présent et le plus actif en Algérie avec une tradition bien établie par le biais des fondations Ebert, Konrad Adenauer, Friedrich Naumann.“

¹⁰⁰ Vgl. Le Quotidien d'Oran, Oran, 18.12.2004 (La France formera des magistrats algériens spécialisés); El Watan, Algier, 29.12.2004 (Formation des magistrats: Coopération algéro-espagnole).

ration mit den Ökonomen des IWF ausländisches Know-how zu einzelnen Wirtschaftsreformen gefragt.¹⁰¹ Allein diese wenigen Beispiele zeigen einen neuen Umgang mit externer Kooperation und Expertise, auch wenn man sich stets vergegenwärtigen muss, dass es die algerische Seite sein will, die entscheidet und aus einem offerierten Angebot auswählt.¹⁰²

Teilebene II. Die gegenwärtige Situation Algeriens, einerseits geprägt von hohem Devisenzufluss aus dem Erdöl-/Erdgasexport¹⁰³ • der Algerien bis 2009 stabile Verhältnisse beschere wird (so Regierungschef Ouyahia auf einer Pressekonferenz am 11. März 2005)¹⁰⁴ und das Land zu einem begehrten Kunden für westliche Güter machen wird – , zum anderen geprägt durch die vorbildhafte Rolle im Antiterrorismuskampf, die Algeriens Position besonders gegenüber den USA stärkt, führte zu deutlich akzentuierten interessengeleiteten Äußerungen aus westlichen Staaten und der UNO,¹⁰⁵ den Demokratisierungs-/Reformprozess in Algerien unterstützen zu wollen. So betonte z.B. der neue kanadische Botschafter im Oktober 2004 explizit im Namen seiner Regierung, „die bilateralen Beziehungen intensivieren und die Reformen unterstützen zu wollen“;¹⁰⁶ den gleichen Tenor gab es während des Besuches von Bundeskanzler Schröder in Algier (15./16. Oktober 2004), wo zumindest nach offizieller algerischer Lesart der deutsche Bundeskanzler Präsident Bouteflika bei seinen Reformen politisch „unterstützt“, d.h. keine Rede von Forderungen ist.¹⁰⁷ Beim Deutschen Depeschendienst hieß es ähnlich:

„Germany wants to support Algeria on the path towards democracy and market economy. Chancellor Schroeder said during a visit to Algiers on Saturday (16

¹⁰¹ Vgl. z.B. Le Quotidien d’Oran, Oran, 28.2.2005 (L’expertise britannique au service des réformes algériennes).

¹⁰² Im Ministerium für Investitionsförderung wurde vom Kabinettschef dafür die Formel „guetteur“ („Späher“ nach Angeboten/Offerten) – „capteur“ („Zugreifer“ auf passende Angebote) geprägt.

¹⁰³ Nach Schätzungen des IWF vom März 2005 werden sich die Devisenreserven Algeriens von derzeit rund 40 Mrd. auf die Rekordsumme von rund 95 Mrd. \$ 2009 erhöhen; Le Nouvel Observateur, Algier, 15.3.2005 (Les réserves de changes de l’Algérie).

¹⁰⁴ Details vgl. BBC Global Monitoring, London, 11.3.2005 (Algerian Premier says economic situation “stable” until 2009).

¹⁰⁵ Vgl. hierzu die Großveranstaltung mit UN-Vertretern in Algier im Oktober; El Moudjahid, Algier, 24.10.2004, S. 9-11 (L’ONU soutient les réformes en Algérie).

¹⁰⁶ El Watan, Algier, 4.10.2004 (Soutenir les réformes en Algérie).

¹⁰⁷ El Moudjahid, Algier, 17.10.2004 (Réformes. Schröder soutient la politique de Bouteflika).

October) that Algeria has achieved impressive political and economic successes over the past years.¹⁰⁸

An auswärtigen Akteuren, die in jüngster Zeit besonders signifikant im Bereich politischer Kooperation (korreliert mit der Unterstützung politischer Reformen) in Erscheinung getreten sind, zählen neben den USA und der EU auch die Nato und die G8-Staaten. Diese vier Akteure wurden/werden allerdings von algerischer Seite unterschiedlich wahrgenommen. Abderrahmane Mebtoul (aber auch andere) schätzt in seiner Analyse der externen Akteure im Kontext von Demokratisierungsinitiativen speziell zwei Akteure als besonders „präsent“ ein, die zugleich den Eindruck vermitteln, „sich dauerhaft in Algerien festsetzen zu wollen“:¹⁰⁹

- Erstens die EU mit Frankreich an der Spitze, das aus historischen Gründen massive Interessen in Algerien hat.¹¹⁰
- Zweitens die USA, die bei ihrer Energiesicherung Algerien eine zentrale Rolle zuweisen, die durch die Sicherheitsdimension seit 2001 (Terrorismusbekämpfung im Sahel-/Sahararaum)¹¹¹ verstärkt wird.

Die Spezialfälle außenpolitischer (Reform-)Kooperation

Kooperation mit der EU

Von algerischen Gesprächspartnern (Außenministerium, Parlamentarier, politische Analysten, Journalisten u.a.) wird der EU ein interessengeleitetes Handeln unterstellt, aber auch zugebilligt. Als Ziele europäischen Handelns werden ein Interesse an der politischen und wirtschaftlichen Stabilität Algeriens, die Aufrechterhaltung der dominanten Rolle der

¹⁰⁸ ddp, Berlin, 16.10.2004 (Germany promises support for democracy in Algeria). Aktuellster Ansatzpunkt ist das seit 2004 laufende GTZ-Regionalprogramm Maghreb „Good Governance“, in dessen Rahmen das algerische Außenministerium sich positiv zur vorgeschlagenen Förderung im Bereich Dezentralisierung (Stärkung lokaler, dezentraler Entwicklungspotenziale) äußerte.

¹⁰⁹ Mebtoul, a.a.O., S. 168.

¹¹⁰ Der französische Abgeordnete Alain Lamassoure (UMP) brachte bei den Diskussionen um die EU-Erweiterung die Meinung zum Ausdruck, Frankreichs Interessen lägen doch wohl deutlicher in Algerien als in Osteuropa, was in Algerien mit Aufmerksamkeit registriert wurde; vgl. *Liberté*, Algier, 7.10.2004 (Un député français défend l'Algérie). Allerdings gibt es auch immer wieder Algerier, die diese Sichtweise zurückweisen. Vgl. *El Watan*, Algier, 5.12.2004 (M. Mekideche. *Economiste*: « L'Algérie doit cesser d'être la chasse gardée de l'Europe »).

¹¹¹ Vgl. hierzu das analytische Interview mit Yahia H. Zoubir: *Les USA sont conscients de l'importance du pétrole en Algérie*, in: *Les Débats*, Algiers, 9.-15.2.2004, 3 S., vgl. hierzu ebenfalls Faath, Sigrid: *US-Engagement im Sahel-Sahararaum: Terrorismusbekämpfung als Vorwand oder Notwendigkeit*, Hamburg, DOI-Focus, Nr. 18, Januar 2005, 31 S.

EU-Staaten im Außenhandel Algeriens und die Herbeiführung eines politisch stabilen, wirtschaftlich prosperierenden euro-mediterranen Raumes konzidiert. Während jedoch die algerische Seite als Hauptinstrument zur Umsetzung dieser Ziele die Investitionspolitik sieht, also die Schaffung von Arbeitsplätzen in ausländisch finanzierten Unternehmen (europäische Direktinvestitionen), denkt die EU in umfassenderen Kategorien wie dem Barcelona-Prozess und dem Instrument der EU-Assoziationsverträge. Die algerische Regierung unterzeichnete zwar bereits im April 2002 ein solches Assoziationsabkommen, machte aber wegen der befürchteten negativen Rückwirkungen des Freihandels und der als ungenügend bewerteten Ergebnisse des Barcelona-Prozesses¹¹² die Ratifizierung von Nachverhandlungen (Verlängerung der Übergangsfristen) abhängig. Noch im Mai 2004 verdeutlichte eine Erklärung des Außenministers, dass Algerien sich bei der Unterzeichnung des Abkommens nicht unter Druck setzen lässt, sondern seine Interessen zu wahren gedenkt.¹¹³ Kompromisse führten dann dazu, dass im März 2005 die algerische Nationalversammlung das Vertragswerk diskutierte und mit großer Mehrheit (Fraktionsdisziplin) am 14. März ratifizierte. In der Debatte hatte die Regierung das Assoziationsabkommen vor allem damit verteidigt, dass es mehr sei als ein pures Freihandelsabkommen; die EU helfe nämlich besonders beim „mise-à-niveau“ der Unternehmen. Indirekt wurde dabei die europäische Variante des (sozialen) Kapitalismus der amerikanischen Variante positiv gegenübergestellt. Gegen das Abkommen stimmten die Abgeordneten der Arbeiterpartei (PT), die im Abkommen eine „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ Algeriens sahen.¹¹⁴

¹¹² Vgl. z.B. BBC Global Monitoring, London, 7.5.2004 (Algerian Foreign minister says Barcelona process yielded poor results); Außenminister Belkhadem im Wortlaut: „The Barcelona process has noble goals because it aims to build bridges between the countries of the northern and southern Mediterranean shores. However, its results are poor. First, on the political side, there are issues which concern the security of the Mediterranean Sea which have not been dealt with in a way which is satisfactory to the Arab party. Second, on the economic side, we entered into a partnership with the European Union and the partnership should be complete and not abridged. We do not imagine the partnership with the European Union to be limited to making our countries markets for European products.“

¹¹³ Vgl. El Moudjahid, Algier, 6.5.2004 (Le Ministre des AE: « L'Algérie n'est pas pressée de ratifier l'accord d'association avec l'UE »); vgl. auch L'Expression, Algier, 6.5.2004 (L'Algérie sort ses griffes).

¹¹⁴ La Tribune d'Algérie, Algier, 15.3.2005 (L'APN ratifie l'accord d'association). Das Votum spiegelte eine positivere Haltung gegenüber dem Assoziationsabkommen vor als de facto existiert. Vgl. El Watan, Algier, 16.3.2005 (Accord. La classe politique partagée). Der *Conseil de la Nation* ratifizierte das Abkommen am 31.3.2005.

Kooperation mit den USA

Die bereits zitierten energie- und sicherheitspolitischen Hauptinteressen¹¹⁵ der USA in Algerien bzw. im gesamten Maghreb profilierten sowohl das wirtschaftspolitische als auch das politische Handeln der US-Regierung gegenüber Algerien in den letzten Jahren.

Wirtschaftspolitisch gibt es eine algerisch-amerikanische Konvergenz insofern, als beide Seiten an der Präsenz großer US-Firmen im algerischen Energiesektor interessiert sind, und sich diese Kooperation im Rhythmus wirtschaftspolitischer Reformen auf den Nichtkohlenwasserstoffsektor ausdehnen soll. Dabei ist der algerische Partner dem Druck der USA zum WTO-Beitritt ausgesetzt.¹¹⁶ Zwar akzeptierte die algerische Regierung die Notwendigkeit dieses Schrittes wegen der langfristigen positiven Resultate, sie zögert aber wegen der kurzfristigen negativen Anpassungsfolgen und kämpft um Kompensationen und Absprachen (wie ein privilegiertes proalgerisches Kooperationsverhalten der internationalen Finanzinstitutionen).

Im Bereich der *politischen Kooperation* ist gleichfalls – sichtbar u.a. in den sich häufenden Besuchen amerikanischer Politiker im Lande, darunter mehrfach US Assistant Secretary of State William Burns – eine Konvergenz sichtbar, die allerdings ihre Eigenheiten und Subdynamiken hat. So ist es zwar in beiderseitigem Interesse, dass Algerien international (wieder) eine Hauptrolle spielt,¹¹⁷ aber kaum in algerischem Interesse, die konkrete politische Kooperation mit „Demokratisierungsaspekten“ anzureichern. So stieß die im Januar 2004 in Algier vorgebrachte Forderung des US Assistant Secretary of State Lorne Craner, endlich den 1992 verhängten Notstand aufzuheben, auf unverhohlene algerische Kritik¹¹⁸ und einen entsprechenden öffentlichen Rückzug auf amerikanischer Seite. William Burns betonte im Mai 2004 in Algier, „die USA hätten keinerlei Interesse daran, Reformen aufzuzwingen“.¹¹⁹ Insgesamt tut sich die algerisch-amerikanische Kooperation schwer und verzeichnet auf wirtschaftlicher Seite weitaus mehr Projekte als im politischen Bereich.¹²⁰ Dies hängt auch damit zusammen, dass generell die

¹¹⁵ Kurz: „Hydrocarbures et sécurité“ (L’Intelligent/Jeune Afrique, Paris, 18.7.2004 in einer Positionsbeschreibung).

¹¹⁶ Vgl. Liberté, Algier, 7.10.2004 (Accession de l’Algérie à l’OMC. Le forcing américain).

¹¹⁷ So William Burns am 13.5.2004 laut BBC Global Monitoring, London, 13.5.2004 (US wants Algeria to play major international role).

¹¹⁸ Vgl. El Watan, Algier, 26.1.2004 (Mise en garde américaine).

¹¹⁹ Vgl. El Watan, Algier, 14.5.2004 (Aucun intérêt à imposer les réformes).

¹²⁰ Vgl. El Moudjahid, Algier, 8.6.2004 (Le partenariat algéro-américain est dans sa phase de concrétisation); die angeführten Beispiele sind jedoch wirtschaftlicher Natur.

Ansatzpunkte für „Demokratiehilfe“ in Algerien sehr beschränkt sind, und den amerikanischen Einrichtungen, die vor Ort aktiv werden wollen, Misstrauen entgegengebracht wird. Ihnen wird – anders als z.B. den deutschen politischen Stiftungen – die Auskundschaftung der algerischen Partnereinrichtungen (Nongovernmental Organizations/NGOs) zugunsten von US-Sicherheitsdiensten unterstellt, was automatisch eine gewisse Reserviertheit bedingt.¹²¹ Die Kooperation im politischen Bereich beschränkt sich bislang auf wenige kleinere Maßnahmen, von denen viele mehr mit versuchter Vertrauensbildung zu tun haben denn mit tatsächlicher Hilfe zur Systemtransformation in Richtung Demokratie. Beispiele sind:

- Die Gründung einer amerikanisch-algerischen parlamentarischen Freundschaftsgruppe (Groupe parlementaire d'amitié Algérie-US) am 23. Oktober 2004; anlässlich der Gründungsveranstaltung äußerte sich Botschafter Richard Erdman in höchsten Tönen über die algerische Reformpolitik.¹²²
- Die Einweihung einer „amerikanischen Ecke“ in der Nationalbibliothek von Algier am 3. Februar 2005, um die Algerier besser über die USA informieren zu können.¹²³
- Der Aufbau eines Besuchsprogrammes zwischen beiden Staaten insbesondere für Journalisten, Wissenschaftler und Unternehmer.

Das bedeutet nicht, dass es keine Demokratiefördermaßnahmen im Rahmen der *Middle East Partnership Initiative*¹²⁴ (MEPI) in den bevorzugten Bereichen Wirtschaft, Justiz, Bildung, Frauenrechte gegeben hätte bzw. gibt, doch blieben diese selektiv und punktuell und letztlich von der direkten oder indirekten Zustimmung der algerischen Behörden abhängig. Zudem war und ist der finanzielle Spielraum gering. So machte der für die MEPI zuständige US Undersecretary of State Scott Scarpenter anlässlich seines Besuches in Algier Anfang Oktober 2004

¹²¹ Hierzu zählt z.B. das lange Statement von Leslie Campbell (Regional Director for the Middle East and North Africa – National Democratic Institute) vom 3.3.2005 vor dem *Committee on International Relations/Subcommittee on International Terrorism, Nonproliferation and Human Rights* des US-Senats. Zur politischen Situation in Algerien, der Terrorbekämpfung, den Dialogbemühungen mit den Islamisten usw. vgl. den Text des Statements unter: www.accessdemocracy.org/library/1812_dz_campbelltestimony_030305.html.

¹²² Vgl. BBC Global Monitoring, London, 24.10.2004 (Friendship Group established). „On the occasion, the US Ambassador in Algiers stressed that his country highly assessed the reforms Algeria had embarked. He reiterated the US support for Algeria so as to deepen these reforms, particularly in the economic, justice, education and women rights spheres.“

¹²³ Vgl. El Moudjahid, Algier, 4.2.2005 (L'Amérique plus proche).

¹²⁴ In Algerien ist das Akronym MEPI durchaus geläufig und findet sich auch in der Presse wieder. Vgl. zum Inhalt der MEPI das ausführliche Interview mit Peter F. Mulrean, Direktor des Regionalbüros Maghreb der MEPI mit Sitz in Tunis, in: *Le Quotidien d'Oran*, Oran, 23.10.2004 (5 S.).

deutlich, dass die 2002 lancierte MEPI nur über 200 Mio. \$ verfügte und erst 2005 weitere 100 Mio. \$ zugewiesen bekomme. Folglich handele es sich – die Vielzahl der Länder mitbedacht – bei der MEPI mehr um „technische Assistenz“ denn um richtige Projektfinanzierung.¹²⁵ Die seit 2003/2004 in Algerien im Rahmen der MEPI in Angriff genommenen Projekte umfassen:

- das seit Ende 2003 umgesetzte Projekt des in Algier über ein Büro verfügenden *National Democratic Institute*¹²⁶ (NDI) zur Stärkung der Rolle von Frauen in der Politik im allgemeinen und zur Fortbildung der weiblichen Abgeordneten der Nationalversammlung im besonderen. Dieses zusammen mit dem beigeordneten Ministerium für Familien- und Frauenangelegenheiten durchgeführte Projekt sieht die Schulung der Parlamentarierinnen in Fachfragen (Einrichtung von Untersuchungskommissionen; Erarbeitung von Petitionen oder Gesetzesinitiativen) vor.¹²⁷
- die Förderung der Kooperation zwischen SEVE, dem algerischen Unternehmerinnenverband, und dem amerikanischen *Executive Women's Roundtable* im Rahmen des *Réseau Femmes du Monde Arabe et d'Amérique* (FAARE). Eine erste Reise von SEVE-Mitgliederinnen in die USA fand im Oktober 2004 statt.¹²⁸
- die Unterstützung von Ausbildungsmethoden und neuen Forschungsansätzen im Bildungssystem ab Oktober 2004 (18,5 Mio. \$ für sechs arabische Staaten, darunter Algerien).¹²⁹ Diese MEPI-Initiative wird von privater Seite flankiert, insofern z.B. die *School of Business and Economics* der *New*

¹²⁵ El Watan, Algier, 8.10.2004 (S. Carpenter: Washington attaché aux « réformes »). Im Rahmen der am 20.3.2005 vom State Department für fünf Staaten (darunter Algerien) bewilligten MEPI-Gelder in Höhe von 2,5 Mio. \$ hiess es, die Gelder „permettront de renforcer les capacités et les qualifications professionnelles des citoyens contribuant dans l'instauration d'une base solide pour les réformes“ (Liberté, Algier, 21.3.2005).

¹²⁶ Das NDI wird derzeit von der ehemaligen amerikanischen Außenministerin Albright geleitet; vgl. www.ndi-org. Leiterin des Büros in Algier ist Julie Denham. Vgl. www.ndi-org/worldwide/mena/algeria/algeria_pf.asp zu den Aktivitäten des NDI in Algerien im Detail. Dort heisst es u.a: „NDI is currently working in Algeria to strengthen intermediary institutions – parties, civil society organizations, and the media – in order to make them more effective vehicles through which to channel popular desire for sustainable political, economic, and social reform. Specifically, NDI's Algeria programs are designed to strengthen and reform parties to make them more effective, representative, transparent and democratic; to promote an informed and active citizenry on issues related to elections and political processes; and to increase the participation of women and youth in political life.“

¹²⁷ Vgl. El Watan, Algier, 6.4.2005 (NDI – La représentation des femmes en politique). Ein ähnliches Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung zur Fortbildung der weiblichen Abgeordneten des Gemeinderates Algier (APC Algier) war Ende 2004 vom Innenministerium noch nicht genehmigt.

¹²⁸ Details in: El Watan, Algier, 15.10.2004 (Femmes chef d'entreprises aux USA).

¹²⁹ Vgl. El Moudjahid, Algier, 24.10.2004 (Partenariat Algérie-USA dans le cadre du MEPI: nouveaux financements au profit du secteur éducatif).

York University mit dem Institut National de Commerce (Algier) kooperieren möchte.¹³⁰

- die Unterstützung der Justizreform in Algerien u.a. im Rahmen des Programmes „Commercial Law Development“. Hier gab es im Dezember 2004 Gespräche, ohne dass in diesem sensiblen Bereich größere Projekte vereinbart wurden. Angedacht ist die Richterfortbildung vor allem im Bereich Wirtschaftsrecht.¹³¹
- die Schulung von Menschenrechtsorganisationen in Rechtsfragen durch Freedom House im Dezember 2004 und
- die Förderung der Internet-Nutzung in Algerien für ein Jahr durch das MEPI-Programm „Global Internet Policy Initiative“ des US-Außenministeriums ab Januar 2005. Das vom American Center for Democracy and Technology betreute Programm soll algerische Experten/Wissenschaftler über alle technischen und juristischen Fragen rund ums Internet informieren und praktische Kenntnisse vermitteln.¹³²
- die Förderung von Parlamentspersonal in technischen Fragen (Ausbildungsseminar ab 29. April 2005).

Offen bleibt derzeit die Breitenwirkung dieser Maßnahmen; im Einzelfall profitiert davon zwar ein mehr oder weniger umfangreicher Kreis von Einzelpersonen, aber die ausgeprägte antiamerikanische Haltung in der algerischen Gesellschaft, wenn es um Maßnahmen geht, die als Einflussnahme wahrgenommen werden, lässt – so auch die Vermutung des *Quotidien d’Oran* im Interview mit Peter Mulrean¹³³ – an nachhaltiger Wirkung eher zweifeln.

Die Kooperation mit den G8-Staaten

Die Einladung von Präsident Bouteflika zum G8-Gipfel in Sea Island (8.-10. Juni 2004) war für Algerien ein internationaler Prestigeerfolg und aus Bouteflikas Sicht eine Anerkennung der in Angriff genommenen Reformen;¹³⁴ allerdings resultierten daraus keine neuen projektrelevanten Beschlüsse, sondern nur Folgetreffen (September 2004: Bouteflikas Teilnahme an der UN-Vollversammlung in New York und Treffen mit G8-Staatschefs; Oktober 2004 Treffen der Außenminister der G8- und MEPI-Staaten in Washington), auf denen unter Betonung des *partnerschaftlichen* Prinzips die Dringlichkeit weiterer politischer und wirtschaftlicher Reformen besprochen wurde.

¹³⁰ Vgl. El Watan, Algier, 4.10.2004 (Des Américains à Alger); geplant ist auch der Bau einer privaten amerikanischen Universität in Algier.

¹³¹ Vgl. El Watan, Algier, 9.12.2004 (Justice. Assistance américaine).

¹³² Details El Moudjahid, Algier, 30.1.2005 (Internet en Algérie. Le Département d’état US engage un programme de développement); El Watan, Algier, 4.4.2005 (Internet en Algérie. Assistance américaine).

¹³³ Vgl. Anm. 125.

¹³⁴ Die Berichterstattung in Algerien zum G8-Gipfel war nicht umfangreich; vgl. El Moudjahid, Algier, 11.-12.6.2004 (Sommet du G8. Partenariat).

Die Kooperation mit der Nato

Die Nato ist über den Nato-Mittelmeerdialog und die Istanbul-Initiative Teil der externen Reforminitiativen, allerdings programmatisch in unterschiedlicher Weise, nämlich sektoriell ausschließlich auf den militärischen Bereich beschränkt, in die Reformdiskussion einbezogen. Die intensive Kooperation zwischen Algerien und der Nato, die sich in einer Fülle von Konferenzen und Besuchen manifestiert und bereits Spekulationen über eine mögliche Nato-Mitgliedschaft Algeriens auslöste,¹³⁵ konzentriert sich deshalb weitgehend auf militärische Aspekte wie z.B. den Beitrag der Nato zur Professionalisierung der algerischen Streitkräfte, auch wenn unter dem Eindruck der faktischen Entwicklung die Bekämpfung von Terrorismus, Drogenhandel und illegaler Migration durch Marinestreitkräfte in den Handlungsrahmen integriert wurde.¹³⁶ Die Nato-Initiative hat keinen unmittelbaren positiven Effekt auf den internen Reformprozess; eher ist anzumerken, dass zahlreiche algerische Journalisten die zu enge Anlehnung an die Nato als „zu einseitig“ interpretieren¹³⁷ und sich eine größere Pluralität der Kooperationspartner auch aus Staaten des Südens wünschen.

4. Reform- und Kooperationsbereitschaft von Parteien, Arbeitgebern, Gewerkschaften und Vereinigungen

Reformen gelingen zwangsläufig dann am besten, wenn sowohl die Staatsführung Reformwillen und Reformbereitschaft demonstriert und die Bevölkerung bzw. die zivilgesellschaftlichen Organisationen sich offen und einsichtig zeigen, Reformen mitzutragen. In Algerien ist von einer solchen Reform- und Kooperationsbereitschaft der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen jedoch nur bedingt auszugehen, wobei es eine enge Verbindung von politischen und ökonomischen Reformen gibt, d.h. diese als Paket eingestuft und „bewertet“ werden. Die empirische Analyse zeigt, dass viele Algerier wegen der (bisherigen) negativen Auswirkungen der ökonomischen Reformen einer noch weitergehenden Liberalisierung mit großer Skepsis gegenüberstehen.¹³⁸

¹³⁵ Vgl. Le Quotidien d'Oran, Oran, 17.11.2004 (Le Général Major Gaid Salah à Bruxelles: Vers une adhésion de l'Algérie à l'OTAN).

¹³⁶ Vgl. L'Expression, Algier, 8.12.2004 (Un rôle majeur pour l'ANP en Méditerranée). Vgl. ferner aus der Fülle der Beiträge L'Expression, 5.12.2004 (Terrorisme, drogue, immigration clandestine: L'OTAN joue la carte d'Alger).

¹³⁷ Vgl. Le Quotidien d'Oran, Oran, 2.12.2004. Kritisiert wird auch die zunehmende nachrichtendienstliche Tätigkeit der Nato u.a. in Algerien.

¹³⁸ Vgl. auch die Zustandsbeschreibung von Hans-Christian Rößler in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frankfurt a.M., 24.5.2004 (Algerien. Angst vor der eigenen Dynamik).

Die wirtschaftliche Liberalisierung, die seit 1992 mindestens 500.000 Arbeitsplätze kostete, wird denn auch vom Gewerkschafter Abdessalam Kadi als „neue Religion“ bezeichnet,¹³⁹ und der Soziologe Nacer Djabi legte in einem langen Interview plausibel dar, warum „l’Algérie moyen n’adhère pas au réformes“.¹⁴⁰ Djabi erläutert insbesondere den Arbeitsmarkt, der sich wegen mangelnder Kompetitivität der Unternehmen, neuer Nachfrageprofile am Arbeitsmarkt, weiterhin ungebremster Zunahme des Arbeitskräftepotentials, dem Spannungsverhältnis zwischen Männern und Frauen usw. in einem enormen Umbruchprozess befindet, der durch Reformen zusätzlich kurzfristig verschärft wird und erst langfristig seine positiven Wirkungen entfalten kann; zusammen mit dem Subventionsabbau in Teilbereichen bleibt die Kaufkraftsteigerung für viele bis weit in den Mittelstand hinein bloße Zukunftshoffnung. Selbst wenn von der Regierung gelegentlich positive Meinungen zu den Reformen mediatisiert werden,¹⁴¹ so ist für die Mehrheit der Bevölkerung die Zustimmung zum Reformprozess höchstens eine konditionale: die Anpassung an die Globalisierung wird als unvermeidlich hingenommen,¹⁴² allerdings erwartet, dass sie sozial abgefedert wird. Die Unterstützung des europäischen Sozialforums (3. Tagung, London, Oktober 2004) und die Bildung eines *Forum Social Algérie* im November 2004¹⁴³ als Teil des Europäischen Sozialforums bzw. des Weltsozialforums hat hier ihren Ursprung.

Die Korrelation Reformen-externer Druck wurde dabei von den meisten journalistischen Gesprächspartnern¹⁴⁴ spontan und vehement abgelehnt und keine Unterscheidung zwischen der MEPI oder den Initiativen de EU und G8 gemacht. Die Ablehnung der MEPI war indes besonders akzentuiert. Wegen des vorherrschenden Antiamerikanismus wurden Reformmaßnahmen, an denen die MEPI beteiligt ist, „a priori als diskreditiert“ eingestuft. Auch wurde die zu enge Kooperation autochthoner Organisationen mit ausländischen Einrichtungen (politische Stiftungen; National Endowment for Democracy) als problematisch be-

¹³⁹ El Watan, Algier, 1.9.2004 (Une nouvelle religion pour l’Algérie).

¹⁴⁰ Unter diesem Titel abgedruckt in: Liberté, Algier, 9.1.2005.

¹⁴¹ Vgl. z.B. die propagandistisch angehauchte Umfrageseite in: El Moudjahid, Algier, 19.10.2004 (Réformes: des universitaires en parlent).

¹⁴² Auf den politischen Bereich übertragen ist auf den Beitrag des Hochschullehrers Abderrahmane Hamida hinzuweisen, der in seiner Analyse „Monde arabe: démocratisation ou disparition!“ (El Watan, Algier, 9.8.2004 und 10.8.2004) analog argumentierte.

¹⁴³ Vgl. zur Gründung am 25.11.2004 www.grups.pangea.org (Naissance du FSA) und El Watan, Algier, 13.1.2005 (Forum social méditerranéen).

¹⁴⁴ Darunter mit am pointiertesten Ghania Oukazi (Le Quotidien d’Oran).

zeichnet: Wer sich zu stark mit ausländischen Partnern einlasse, gelte als „verbrannt“ und habe keinen Einfluss mehr auf die Gesellschaft.

Welche Haltung die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Einzelnen zum Reform- und Demokratisierungsangebot einnehmen, ist Inhalt der folgenden Abschnitte.¹⁴⁵

4.1. Parteien

Das Bild der algerischen Parteien in der Öffentlichkeit vor Ort und ihr politisches Wirken ist von zwei Faktoren geprägt, die auch Rückwirkung auf die Auseinandersetzung mit den externen Reform- und Demokratisierungswünschen haben.

Der erste Faktor ist der ausgeprägte Individualismus, der Ali Yahia Abdenour (Präsident der *Ligue Algérienne de la Défense des Droits de l'Homme*) zur folgenden Feststellung veranlasste: „Les Algériens, en général, se détestent entre eux, se détestent d'un camp à l'autre, et se méprisent à l'intérieur de chaque camp.“¹⁴⁶

Der zweite Faktor ist die interne Struktur der Parteien, die dazu führt, dass sich in den großen Parteien (FLN, RND) die unterschiedlichen Fraktionen gegenseitig bekriegen bzw. sich in Persönlichkeitsparteien (z.B. MRN/Islah-Partei) die Parteiführer ständiger interner Herausforderungen erwehren müssen und das politische Überleben des Parteiführers die Handlungsagenda dominiert.

Beides zusammen bedingte, dass es weder eine parteiinterne Beschäftigung mit den externen Reform-/Demokratisierungsinitiativen gab/gibt, noch zu parteiübergreifenden Debatten kam, schon gar nicht zu Debatten über die Unterschiede zwischen den einzelnen Initiativen.

Die Parteien mit säkularem Hintergrund

*FLN.*¹⁴⁷ Die fünf am Sitz der Nationalversammlung interviewten FLN-Parlamentarier betonten die Notwendigkeit von Kooperation sowohl innerhalb der Fraktion als auch mit externen Kräften zur Umsetzung von Reformen; sie konzedierten, dass die Idee der Kooperation gegenwärtig in ganz Algerien und bei allen politischen Orientierungen an Boden gewinne. „Reformen bedürfen der Kooperation“ und der FLN habe durch-

¹⁴⁵ Grundlage sind die während des Forschungsaufenthaltes geführten Interviews.

¹⁴⁶ Zitiert nach seiner Erklärung in: El Watan, Algier, 31.7.2004 (Point de vue: Ne pas affaiblir la bataille des idées).

¹⁴⁷ Der FLN ist mit 202 von 389 Abgeordneten die stärkste Fraktion in der Nationalversammlung und bildet zusammen mit dem RND und dem *Mouvement de la Société pour la Paix* (MSP) die Regierungskoalition „Alliance présidentielle“.

aus eingesehen, dass das sozialistische System Probleme schuf, die es zu beseitigen galt. Der Beschluss zu ökonomischen Reformen war wegen der damit verbundenen hohen sozialen Kosten schwierig, aber zur Kooperation mit dem IWF (Standby-Kredit) und der Umsetzung der externen Reformauflagen Mitte der 1990er Jahre gab es keine Alternative. Der Reformprozess müsse auch heute fortgesetzt werden, weil nur dann zukünftig mehr Sicherheit für Algerien entstehe. Folglich gebe es weiterhin Bedarf an Kooperation, wenngleich nicht allein auf den IWF konzentriert. Eine stärkere Kooperation z.B. mit Deutschland sei wünschenswert. Intern verstehe sich der FLN als modernistische Partei und unterstütze deshalb auch die Reform des Personalstatuts. Die Sensibilisierung in der Partei für die Reform des Statuts – was einer „effektiven Demokratisierung“ gleichkäme – nehme zu; dabei gelte es aber als oberste Maxime, die Identität des algerischen Volkes zu wahren. Die Reform des Personalstatuts dürfe sich daher nicht außerhalb der Scharia vollziehen. Die Algerier wollen – und dies gelte auch für die Kooperation mit dem Ausland – den Rahmen der Kooperation selbst definieren. Algerien, das zur Zeit unter Präsident Bouteflika „neu erwache“, könne nicht isoliert leben; Kooperation müsse aber für Algerien „wohltuende“ Effekte haben und akzeptiert sein: Dinge, die aufgezwungen werden, müssen mit rigoroser Ablehnung rechnen. Algerier wollen Partner, die Respekt mitbringen, und keinen Umgang mit Personen/Staaten, die diktieren wollen. Deutschland erfülle das Kriterium des Partners („sharik“) und deshalb werde auch Bundeskanzler Schröder mit Ungeduld erwartet. Der FLN sei offen für mehr Kooperation mit dem Bundestag und will die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen in Algerien unterstützen.

RND. Die vier interviewten RND-Parlamentarier¹⁴⁸ wiesen auf die Integration Algeriens in den Globalisierungsprozess und das Agieren im internationalen politischen Rahmen hin. Dabei sei es zwangsläufig, dass Algerien von außen Impulse aufnehme und Druck ausgesetzt sei und keine andere Wahl habe, als sich anzupassen. Dies gelte vor allem nach dem 11. September, der dazu geführt habe, dass sich Länder dem Antiterrorismuskampf anschlossen, weil der Terrorismus längst nicht mehr nur ein internes Problem sei, sondern ein grenzüberschreitendes. Algerien plädiere für eine starke internationale Antiterrorismuskoooperation. Wie die FLN-Parlamentarier betonten die RND-Abgeordneten, dass sie aber nur das aufzunehmen bereit seien, was Algerien nütze („konveniere“). Algerien passe sich den Veränderungen auf internationaler Ebene an, aber mit Blick auf das „Interesse des algerischen Volkes“. Im

¹⁴⁸ Zweitstärkste Fraktion in der Nationalversammlung mit 47 Sitzen.

übrigen sei darauf hinzuweisen, dass die Frage des externen Reformdrucks hypothetisch sei, denn in Algerien herrsche – anders als in vielen arabischen Staaten – Demokratie. Diese sei irreversibel verankert und Ergebnis von Reformschritten im Kontext algerischer Traditionen und des eigenen Rhythmus. Algerien habe ohne Druck von außen mit der Verfassungsreform von 1989 einen irreversiblen Neuanfang in Richtung Pluralismus gemacht und sei damit innerhalb des arabischen Raumes Vorreiter („Algerien ist demokratischer als viele andere Staaten der Region“). Die Auffassung, dass „Algerien mit beiden Beinen bereits in der Demokratie verankert sei“, wurde mit der überzeugenden Wiederwahl Präsident Bouteflikas auf der Basis seines reformorientierten Wahlprogrammes begründet. Da Algerien durch den Bürgerkrieg in den 1990er Jahren viel Zeit verloren habe, sei es im übrigen im Interesse Frankreichs, Deutschland usw., dem Land mehr Aufmerksamkeit und Kooperation zu widmen, damit es die Problemstaus schnell abbauen könne. Algerien begrüße insbesondere die deutsche Wirtschaftskooperation, hätten doch deutsche Firmen seit der Unabhängigkeit 1962 die meisten Industriefirmen in Algerien erstellt. Die Zukunftsvisionen seien diesbezüglich „sehr umfassend“.

Die islamistischen Parteien

Die beiden in der Nationalversammlung vertretenen Parteien *Mouvement de la Société pour la Paix* (MSP) und *Mouvement de la Réforme Nationale* (MRN) bzw. „Islah-Partei“¹⁴⁹ zählen zum „islamischen Lager“ der algerischen Gesellschaft,¹⁵⁰ sind jedoch in ihrer Haltung zur Regierung unterschiedlich positioniert: Während der MSP zur Regierungskoalition zählt, ist die Islah-Partei in der Opposition. Hauptgründe hierfür sind die stärkere Ausrichtung der Islah-Partei an Schariavorgaben, aber auch eine reserviertere Haltung gegenüber Wirtschaftsreformen wie z.B. im Falle von Privatisierungen und der Reform des Kohlenwasserstoffgesetzes.¹⁵¹

MSP. Der MSP-Gesprächspartner, der ehemalige Transportminister Boulil, legte seinen Ausführungen den Reformstau in Algerien zugrunde, zu dessen Behebung es einer breiten Basis bedürfe. Der MSP sei deshalb

¹⁴⁹ In Algerien selbst wird sehr häufig die Kurzform „Islah“ als Parteibezeichnung verwendet; Islah steht für Reform. Der MSP verfügt über 38, der MRN über 43 Sitze in der Nationalversammlung.

¹⁵⁰ Vgl. zur Differenzierung der algerischen Gesellschaft in die drei Hauptströmungen („demokratische, islamische, kommunistische“) die Ausführungen von Khelladi, Bouteflika a.a.O., S. 208 ff.

¹⁵¹ Die Islah-Partei stimmte aus diesem Grund am 20.3.2005 nicht für das neue Kohlenwasserstoffgesetz.

zu einer starken Anpassung des Islam an die heutige Zeit bereit, um diese Aufgabe zu bewältigen. Boulil kritisierte, dass es zwar bislang viel Reformrhetorik und auch zahlreiche Reformgesetze gegeben habe, doch keine Resultate sichtbar seien; der Bürger spüre bislang wenig davon, die Armen blieben arm und die Reichen würden noch reicher. Der MSP sei deswegen für Reformen und entsprechende Ergebnisse in Form von mehr Gerechtigkeit und mehr Kaufkraft. Boulil konstatierte zwar auf formaler Ebene demokratische Verhältnisse in Algerien, doch seien diese „nicht real“. Es gebe zu viel Propaganda und gute Bilanzen auf dem Papier; man dürfe jedoch die Realität nicht auf diese Weise kaschieren/schönreden. Konstruktive Kritik und tatsächliche Reformen seien nötig, darunter vor allem eine Verwaltungsreform, deren Hauptelement eine „Sensibilisierungskampagne“ sein müsse, damit die einfachen Funktionäre vor Ort richtig arbeiten. Die Reform- und Demokratisierungsinitiativen des Auslandes seien angesichts des internen Reformstaus willkommen und eine gute Chance, um mit den Ländern des Westens zusammenzuarbeiten. Ihre Hilfe könne die Dinge im Lande voranbringen; ihre Expertise könne helfen, Fehler zu vermeiden. Allerdings dürfe diese Kooperation nicht den Charakter von Einmischung annehmen mit Forderungen des Auslandes an die Algerier „tut dies, ändert das“. Boulil erkannte den „globalen Rahmen mit seiner Reformdynamik“ an. Einem Reformdiktat werde aber Widerstand entgegengesetzt. Boulil betonte zugleich, dass es für westliche Staaten besser sei, in erster Linie mit demokratischen Staaten (er meinte Algerien) zusammenzuarbeiten als mit „starken Regimen“ wie in Marokko oder Tunesien, wo die Menschenrechte nicht respektiert würden. Die eigenen Verhältnisse kritisierte Boulil ebenfalls; er forderte u.a. (1) die Aufhebung des Notstandes, weil sich sonst die Demokratie nicht entwickle; (2) die Reform des Mediensektors, wo z.B. das staatliche Fernsehen immer noch zu „verschlossen“ sei und keine Debatten zu den Problemen der Gesellschaft bringe; auch sei die Meinungsfreiheit trotz aller Fortschritte noch immer eingeschränkt; (3) „die Reform der Justiz, weil derzeit nicht jeder vor dem Gesetz gleich sei“; (4) die Bekämpfung der Korruption; (5) eine Wirtschaftsstrategie, die Arbeitsplätze schaffe. Algerien leide nach wie vor unter dem sozialistischen Erbe („eine Katastrophe für das Land“) und sei immer noch ein „Konsumentenstaat“.¹⁵² Ziel sei die Stärkung des privaten Sektors¹⁵³ und die Umsetzung von Investitionsfördermaßnahmen.

¹⁵² Boulil forderte deshalb eine „Reform der Mentalitäten“, da zu viele noch in Kategorien des Versorgerstaates denken.

¹⁵³ Vgl. auch El Watan, Algier, 4.2.2005 (Privatisation du secteur public: Le MSP s'engage dans le débat).

Hinsichtlich der externen Reforminitiativen äußerte Boulil deutliche Kritik an den USA: Diese interessiere nicht, ob ein Regime demokratisch sei oder nicht, sondern ob es die Interessen der USA vertrete. Wenn der Westen wirklich Algerien helfen wolle, dann seien die Kontakte nach Algerien hinein auszubauen (z.B. mehr Austausch mit den Parlamentariern der Nationalversammlung) und mehr Angebote im Ausbildungsbereich (z.B. Förderung von Verwaltungstechniken) zu unterbreiten. Boulil äußerte die Hoffnung, dass sich die Algerier von Reformprozessen im Ausland inspirieren lassen und dann Interessantes in angepasster („algerianisierter“) Form übernehmen. Algerien habe hierbei freie Auswahlmöglichkeiten; ausländischer Druck sei hingegen das „Gegenmodell“ und in jedem Falle kontraproduktiv.

MRN/Islah-Partei. Die beiden interviewten Islah-Abgeordneten konzedierten, dass sich Algerien gegenwärtig zwar erst auf dem Weg zur Demokratie, vielleicht sogar erst „am Beginn dieses Weges“ befinde, das Erreichte aber genüge, um die MEPI zurückzuweisen: „Es betrifft uns nicht.“ Die Demokratie existiere zwar nicht vollkommen, aber es gebe freie Wahlen und eine legitime Regierung, die sich wichtiger Reformkomplexe wie (1) der wirtschaftlichen Restrukturierung, (2) der Entwicklung ländlicher Regionen, (3) der Schaffung von Arbeitsplätzen, (4) der Bildungs- und Gesundheitsreform, (5) der Verwaltungsreform und (6) der Reform des Bankensektors angenommen habe. Die Regierung brauche dabei aber auch den Rat der Islah-Partei.¹⁵⁴ In diesem Kontext sei der Wissensaustausch zwischen Völkern wichtig. Da Deutschland die „Lokomotive Europas“ (sic) sei, „müsste es insbesondere zwischen Deutschland und Algerien mehr Kooperation geben. Ausländer müssten aber im Kooperationsprozess die algerische Identität respektieren. Dies schließe eine achtungsvolle Haltung gegenüber dem Islam ein; die Islah-Vertreter verlangten Respekt („ihtiram“) der algerischen Rechte und Identität, der Traditionen und der „algerischen Spezifität“. Insbesondere sollte sich das Ausland beim Thema „Rolle der Religion im Staat“ zurückhalten; der Islam – bekanntermaßen „din wa dawla“, Religion und Staat – sei Teil der algerischen Kultur; „darüber diskutiert man nicht“.

Säkulare Vertreter der Opposition

¹⁵⁴ So fordert die Islah-Partei z.B. im Kampf gegen Korruption, Klientelismus und Missbrauch von Ämtern die „Moralisierung der Verwaltung“. Diese könne nur gelingen, wenn Islah-Vertreter (derzeit 1.600 Delegierte in den Gemeinderäten und 520 in den Wilaya-Räten) stärker in die vertikalen Verwaltungsstrukturen eingebunden werden würden.

Die beiden wichtigsten Oppositionskräfte im Parlament mit säkularer Orientierung sind die Unabhängigen (derzeit 30 Abgeordnete) und die Arbeiterpartei (Parti des Travailleurs/PT), präsiert von Louisa Hanoune. Beide haben sich dezidiert zum Reformprozess und den ausländischen Initiativen geäußert.

Unabhängige. Die Diskussion mit sechs Abgeordneten dieser Parlamentsfraktion war von einem Reformvotum bestimmt. Die Unabhängigen glauben an die algerische Demokratie seit der Verfassungsmodifikation von 1989 und vertreten mit Stolz die Auffassung, dass Algerien das einzige arabische Land sei, in dem es pluralistische Präsidentschaftswahlen gebe. Zudem habe man in Algerien schon vor der Propagierung der MEPI Reformen umgesetzt. Daraus ergebe sich zwangsläufig, dass „wir keinen Bedarf an der MEPI haben; die MEPI ist etwas Aufgezwungenes, wir regeln unsere Angelegenheiten jedoch selbst und demokratisch“.¹⁵⁵ Die Unabhängigen betonten, dass sie im wirtschaftlichen Bereich seit jeher für mehr Liberalisierung und Öffnung eingetreten sind und alle Reformansätze in diese Richtung mitgetragen haben. Die angestrebte (sinnvolle) WTO-Mitgliedschaft erfordere eine Beschleunigung der Reformen. Hinsichtlich der ausländischen Reform- und Demokratisierungsinitiativen wurde ein deutlicher Unterschied zwischen den USA und Europa gemacht: Den USA wurde ein „doppelter Diskurs“ vorgeworfen,¹⁵⁶ während den europäischen Staaten bzw. der EU weitaus mehr Vertrauen entgegengebracht wurde. Der Irakkrieg spielte bei dieser unterschiedlichen Einschätzung eine zusätzliche Rolle. So wurde die ablehnende Position von Frankreich und Deutschland zum Irakkrieg begrüßt, die Irakpolitik der USA dagegen vehement abgelehnt. Die Partnerschaft mit Europa wurde generell als wichtiger und positiver eingestuft als jede Form der Kooperation mit den USA. Überhaupt sei Partnerschaft („partenariat“, „musharaka“) das zentrale Element erfolgreicher bilateraler Beziehungen: „Wir respektieren andere und wollen, dass wir selbst respektiert werden.“ Niemand könne erfolgreich einem Volk Reformen aufdrängen, die nicht mit dessen Identität, seiner „Sprache“ übereinstimmen. Algerien sei ein „islamischer Staat“, d.h. ein Staat, in dem die Religion eine große Rolle spiele. Der Islam selbst jedoch „hindere die Algerier nicht daran, sich nach außen zu öffnen“.

¹⁵⁵ Die Unabhängigen würden innerhalb ihrer Strukturen Demokratie praktizieren, denn es gebe jährlich Neuwahlen der Führungsgremien und darüber hinaus intensive interne Diskussionsprozesse.

¹⁵⁶ „Die USA wollen Demokratie und unterstützen Diktatoren.“

Arbeiterpartei. Die im linken Spektrum der algerischen Gesellschaft verankerte vormals kommunistisch orientierte Partei, die mit 21 Abgeordneten in der Nationalversammlung vertreten ist, formulierte die ablehnendste und ideologisierteste Position gegenüber ausländischen Initiativen und Reformvorstellungen. Die beiden parlamentarischen Gesprächspartner verwiesen auf die wichtigen Aufbauleistungen seit 1962, die einzig durch den Sturz der Erdölpreise in den 1980er Jahren gefährdet wurden und den ersten Restrukturierungsplan erforderlich machten, der „dem Land vom IWF aufgezwungen wurde“ und zu hohen sozialen Kosten führte. Im Prinzip habe der Erdölsektor die ganze Zeit gut gearbeitet, so dass auch nicht einzusehen sei, warum jetzt mit einem neuen Kohlenwasserstoffgesetz der Erdölsektor liberalisiert werden soll: „On ne change pas une équipe gagnante.“ Nur weil es dieses externe Reformgerede gebe, müsse man noch lange nicht darauf eingehen. Viel wichtiger sei es, die Motive und Ziele hinter den externen Reformforderungen zu analysieren. Hier drohe die Gefahr einer neuen Kolonisation.¹⁵⁷ Die Arbeiterpartei wie das gesamte algerische Volk würden jede Form von (ausländischem) Druck ablehnen und seien äußerst sensibel, was die Wahrung seiner vollen Souveränität anbelange. Sicher sei zu konstatieren, dass momentan in Algerien Sanierungsbedarf bestehe und der Rahmen hierzu der PSRE II 2005-2009 sei, aber die Ausgestaltung des Programmes und die Verwendung der Deviseneinnahmen sei *ausschließlich* Sache des algerischen Volkes. Ausländische Reformprozesse könnten höchstens Referenzpunkte sein. Kooperation mit Deutschland z.B. könne es im Bereich Technologie oder Erfahrungsaustausch geben, aber wie intensiv externe Erfahrungen umgesetzt werden sei eine rein algerische Entscheidung. Das algerische Volk entscheide entlang seiner Traditionen und wolle „aufrecht leben“, d.h. seine Selbstachtung behalten.

4.2. Die Arbeitgeberorganisationen

Zu den ausländischen Reform- und Demokratisierungsinitiativen haben die Arbeitgeberorganisationen¹⁵⁸ keine dezidierte eigene Meinung; sie

¹⁵⁷ Vgl. hierzu auch entsprechende Pressemeldungen in: El Watan, Algier, 8.11.2004 (PT: le danger des privatisations); Le Jeune Indépendant, Algier, 6.7.2004 (Le PT avertit contre les dangers d'une nouvelle forme de colonisation). Die Wirtschaftspolitik wird wegen der sozialen Kosten der Privatisierung und des Eindringens ausländischen Einflusses in Algerien abgelehnt.

¹⁵⁸ Zu nennen sind als wichtigste die CAP (Confédération Algérienne du Patronat); CGOAE (Confédération Générale des Opérateurs Economiques Algériens); FCE (Forum des Chefs d'Entreprises); UNEP (Union Nationale des Entrepreneurs Publics); UGEA (Union Générale des Entrepreneurs Algériens) sowie der Zusammenschluss der Unternehmerinnen SEVE.

verschanzen sich hinter den entsprechenden politischen Aussagen Präsident Bouteflikas. Dieser Sachverhalt entspringt der generellen Unterstützung, die Präsident Bouteflika derzeit von den Arbeitgeberorganisationen entgegengebracht wird. Bereits im Vorfeld der Präsidentschaftswahl vom April 2004 brachten sieben Arbeitgeberorganisationen (CAP, CEIMI, CNPA, CENAF, CGOAE, SEVE und UGEA) ihre Unterstützung des Wahlprogrammes von Bouteflika zum Ausdruck¹⁵⁹ und haben der Umsetzung des Regierungsprogrammes bei den bilateralen Verhandlungen (Regierung-Arbeitgeber) im Dezember 2004 zugestimmt.¹⁶⁰ Die einzige Arbeitgeberorganisation, die gewisse Reserven äußerte¹⁶¹ und mit ihrer Haltung pointierter an die Öffentlichkeit tritt, ist das einflussreiche Forum der Unternehmer/*Forum des Chefs d'Entreprises*.¹⁶² Dessen ökonomischer Berater, Mouloud Hedir,¹⁶³ äußerte sich ausführlich zum Demokratisierungs-/Reformaspekt in Algerien. Die Zuständigkeit für ausländische Demokratisierungsinitiativen sah er explizit bei der Regierung und dem Außenministerium; der Aktionsraum der Unternehmer sei „Stufen darunter“. Die Demokratisierungsinitiativen seien hohen Zielen verpflichtet, während der FCE mit konkreten Problemen und Vorgaben zu tun habe. Mit anderen Worten: Der FCE fühlt sich von der MEPI oder der G8-Initiative nicht direkt betroffen. Der FCE habe vielmehr Vertrauen in Präsident Bouteflika, „dass er das Beste für Algerien will und tut“. Das heißt nicht, dass der FCE keine politischen Positionen habe. Ziel des FCE sei es z.B., die Unternehmen in „das Herz der politischen Aktion“ zu rücken und das staatliche Verhalten, „das bislang nur im Kommandieren bestehe“, zu modifizieren. Der Staat habe Dienstleister für die Wirtschaft zu sein. Der FCE sei auch offen für Dialog und für Kontakte mit ausländischen Partnern bei allen Fragen, die sich um Wirtschaftsreformen und wirtschaftliche Liberalisierung drehen. Dies gelte vor allem für die europäischen Partner, da Algerien durch das Assoziationsabkommen¹⁶⁴ mit der EU diesbezüglich zahlreiche Punkte (wie Agrarproduktion; Freihandel; Investitionsförderung) zu diskutieren

¹⁵⁹ Vgl. El Moudjahid, Algier, 5.3.2004 (700 hommes d'affaires).

¹⁶⁰ Vgl. El Moudjahid, Algier, 16.12.2004 (Bipartite Gouvernement-patronat: le climat de confiance).

¹⁶¹ Vgl. El Watan, Algier, 7.1.2005 (Le FCE peu satisfait). Der FCE legte deshalb auch im Sommer 2004 eine ausführliche Kritik des Regierungsprogrammes vor und unterbreitete Verbesserungsvorschläge.

¹⁶² Vgl. die Webseite des Forums www.forum-dz.org; dort ist der Zugriff möglich auf den „Lettre du Forum“.

¹⁶³ Hedir publiziert auch umfangreich. Vgl. zuletzt seine Studie Hedir, Mouloud: *L'économie algérienne à l'épreuve de l'OMC*, Algier 2003, 416 S.

¹⁶⁴ Der FCE stuft den Assoziationsvertrag mit der EU als ungleichgewichtig ein, was im Prinzip von der Politik korrigiert werden sollte. Selbstkritisch meinte Hedir, „wir hätten besser verhandeln sollen“, jetzt sei eine Änderung nicht mehr möglich.

habe. Hedir stellte inneren Reformdruck fest, fragte aber, warum bei der Reformdebatte unbedingt der Westen die Blickrichtung sein solle.

Mit interner Unterentwicklung und der Notwendigkeit ihrer Überwindung durch Reformen hätten sich bereits früher schon algerische Denker beschäftigt (die derzeit in Algerien durchaus eine Renaissance erfahren würden) wie z.B. Malek Bennabi¹⁶⁵ und Scheich Chakib Arslane.¹⁶⁶ Im übrigen seien Reformen – welcher Art auch immer – nicht einfach zu bewältigen: Nicht weil die Regierung nicht will, sondern weil sie oft nicht kann. Zum einen fehle es an kompetenten, reformfreundigen Ministern,¹⁶⁷ zum anderen funktioniere die Durchsetzung von Beschlüssen nicht. Ein dritter Punkt sei die Absorptionskapazität der algerischen Wirtschaft, die bereits Schwierigkeiten hatte, die 7 Mrd. \$ des PRSE I 2001-2004 sinnvoll zu verwenden („investir dans une manière viable“) und jetzt mit den 50 Mrd. \$ des PRSE II erst recht überfordert sei. Hedir befürchtete deshalb, dass viel Geld nicht in die richtigen (d.h. produktiven) Projekte fließen werde, sondern „sozialer Verschwendung“ zum Opfer falle. Leider sei hier eher „Verschwendung“ zu erwarten denn „bonne gouvernance“.

4.3. Die Gewerkschaften

Die Gewerkschaften in Algerien, in erster Linie immer noch die weit über eine Million Mitglieder umfassende *Union Générale des Travailleurs Algériens* (UGTA), aber auch die seit den 1990er Jahren sukzessive entstandenen autonomen Gewerkschaften,¹⁶⁸ setzten sich aus

¹⁶⁵ Vgl. hierzu als Überblick Faath, Sigrid: Malek Bennabi. Politischer Schriftsteller, Gesellschaftskritiker, Visionär einer „islamischen Zivilisation“ im kolonisierten und unabhängigen Algerien, in: Wuqûf, Band 6 (Algerien), Hamburg 1992, S. 133-152. An Originalschriften Bennabis ist als wichtig zu nennen: *Les conditions de la renaissance. Le problème d'une civilisation*, Algier 1948, 101 S.

¹⁶⁶ Vgl. sein 2004 in Neuauflage bei *Editions Ihaddaden* erschienenes Werk: *Causes de la regression des musulmans*, Algier 2004, 92 S.

¹⁶⁷ In der Regierung, so Hedir, seien längst nicht alle Kabinettsmitglieder „Reformer“ wie z.B. Handelsminister Boukrouh, der das Privatisierungsgesetz initiierte und das Handelsgesetz reformierte, der über Durchsetzungswillen und ein Ziel verfüge; und selbst Reformer seien oft mit der Umsetzung ihrer Beschlüsse überfordert, weil es in der Administration zu viel Widerstand gebe.

¹⁶⁸ D.h. Gewerkschaften außerhalb der Tutel der UGTA; im wesentlichen handelt es sich dabei um die SNAPAP (Syndicat National Autonome du Personnel de l'Administration Publique); SNPSP (Syndicat National des Praticiens de Santé Publique); SNPSSP (Syndicat National des Praticiens Spécialistes de Santé Publique); SNPDSM (Syndicat National des Professeurs et Docents en Sciences Médicales); SNMASM (Syndicat National des Maîtres Assistants en Sciences Médicales); SPLA (Syndicat des Pilotes de Ligne d'Air Algérie); SNTMA (Syndicat National des Techniciens de la Maintenance Aérienne); SNPCA (Syndicat National

unterschiedlichen Gründen bislang nicht mit den externen Demokratisierungsinitiativen auseinander (und werden dies auf künftig kaum tun). Die UGTA, die Präsident Bouteflika im Wahlkampf 2004 unterstützte, schloss sich gemäß den Interviewpartnern der offiziellen Linie des „*ça ne nous concerne pas*“ an. Innerhalb der algerischen Reformdiskussion spielte die UGTA zwar lange Zeit den Part der Verteidiger der Arbeiterrechte (keine Arbeitsplatzvernichtung durch Privatisierung), musste aber auch hier wegen der Unterstützung des Präsidenten im Wahlkampf und damit implizit seines Wahlprogrammes letztendlich nach längerem Taktieren der Privatisierungspolitik¹⁶⁹ und der zuvor heftig abgelehnten Neufassung des Kohlenwasserstoffgesetzes zustimmen.¹⁷⁰ Interne und externe UGTA-Kritiker sprachen von „Kapitulation“ der UGTA-Führung und dem Scheitern der noch 2004 vehement verfochtenen „Priorität sozialer Reformen gegenüber ökonomischen Reformen“.¹⁷¹

Die autonomen Gewerkschaften, die zwar prinzipiell gegenüber ausländischen Kontakten offener sind und den Dialog suchen, sind derzeit so mit der ökonomischen Entwicklung, gewerkschaftsinternen Querelen und staatlichen Repressionsmaßnahmen¹⁷² befasst, dass keine Kapazitäten für die detaillierte Beschäftigung mit externen Reform- und Demokratisierungsinitiativen zur Verfügung stehen.¹⁷³ Aber auch hier gilt, dass solchen Initiativen zunächst mit Misstrauen begegnet wird und nur jene

du Personnel du Contrôle Aérien); SNOMMAR (Syndicat National des Officiers de la Marine Marchande); SATEF (Syndicat Autonome des Travailleurs de l'Education et de la Formation); CLA (Conseils des Lycées d'Alger); CNAPEST (Conseil National Autonome des Professeurs de l'Enseignement Secondaire et Technique); CNES (Conseil National des Enseignants du Supérieur). Vgl. das Dossier von Farid Cherbah „Contribution à l'analyse du mouvement syndical autonome en Algérie“, in: El Watan, Algier, 30.11. und 1.12.2004.

¹⁶⁹ Vgl. El Moudjahid, Algier, 5.1.2005 (UGTA: La privatisation n'est plus un tabou); Le Soir d'Algérie, Algier, 3.2.2005 (Privatisations : L'UGTA s'aligne).

¹⁷⁰ Vgl. El Moudjahid, Algier, 10.2.2005 (Avant-projet de loi sur les hydrocarbures : L'UGTA dit oui).

¹⁷¹ La Tribune d'Algérie, Algier, 30.8.2004 (Les réformes sociales avant les réformes économiques).

¹⁷² Das *Comité National des Libertés Syndicales* (CNLS) in Algier zeigte sich beunruhigt über die staatlichen Versuche, die Handlungsspielräume der autonomen Gewerkschaften zu beschneiden. Vgl. Interview mit Taher Besbes, dem Generalsekretär des CNLS: „Ce sont les structures autonomes qui sont visées“, in: Liberté, Algier, 24.10.2004; El Watan, Algier, 30.12.2004 (CNLS: 2004, une année noire).

¹⁷³ Dies schließt eine punktuelle Kooperation nicht aus. Mit Gewerkschaftsvertretern der USA und Spaniens wird so derzeit die Gründung eines *Centre des Droits des Travailleurs, des Libertés Syndicales et des Droits de l'Homme* in Algier besprochen. Vgl. El Watan, Algier, 3.4.2005 (Syndicats autonomes. Le soutien des Américains et Espagnols).

Aspekte aufgegriffen werden, die unter nationalen syndikalistischen Interessensgesichtspunkten opportun erscheinen.

4.4. Zivilgesellschaftliche Organisationen (Frauen-, Menschenrechtsorganisationen)

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen stellen in der Regel jene Zielgruppe dar, über die das Ausland (vertreten durch seine entsprechenden Einrichtungen wie die deutschen politischen Stiftungen, das amerikanische NDI oder Entwicklungsagenturen wie USAID, DANIDA usw.) seine Entwicklungs- und Demokratisierungshilfe abwickelt. Diese Konstellation wirft im Kontext der gegenwärtigen externen Demokratisierungsinitiativen drei Fragen auf, die auch Gegenstand der geführten Interviews waren:

- Die Frage nach dem Spielraum zivilgesellschaftlicher Organisationen,
- nach dem Handlungsrahmen für externe Einrichtungen in Algerien und ihren Erfahrungen bei der Projektdurchführung und
- nach der Akzeptanz ausländischer Demokratisierungshilfe durch lokale NGOs.

Die erste Frage ist sehr ambivalent zu beantworten. Während auf der einen Seite Einrichtungen wie das *Forum National pour la Citoyenneté et la Modernité* zu Recht feststellen, dass der von Präsident Bouteflika in seinem Diskurs angemahnte Wandel der algerischen Gesellschaft sich nicht ohne massive Einbeziehung der Zivilgesellschaft vollziehen lässt,¹⁷⁴ ist auf der anderen Seite analog dem Beispiel der autonomen Gewerkschaften an der Basis eher eine administrative Behinderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu verzeichnen, die auch die ausländischen Einrichtungen zu spüren bekommen, insofern deren Legalisierung über Jahre hinweg verzögert wird.¹⁷⁵ Die Regierung bzw. das Innenministerium grenzt die Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlicher Handlung stark ein. Die Zivilgesellschaft selbst machte innerhalb der letzten zehn Jahre einen Wandel durch. Zum einen ist ein Atomisierungsprozess festzustellen,¹⁷⁶ der zugleich eine hohe Fluktuation von

¹⁷⁴ Vgl. L'Expression, Algier, 26.9.2004 (Un projet de société dans l'esprit des réformes).

¹⁷⁵ Die Vertreterin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Algier rechnet z.B. nicht damit, dass die Zulassung in den nächsten zwei Jahren erfolgt. Eine Legalisierung erschwere ein mögliches späteres Verbot.

¹⁷⁶ Nationale NGOs sind zugunsten solchen mit ausschließlich lokaler Wirkungsweise zurückgegangen; eine statistische Untermauerung dieser Behauptung ist indes schwierig. 2002 existierten nach algerischen Angaben insgesamt 1.500 nationale

Neugründungen und Auflösungen beinhaltet. Zum anderen verstärkte sich die Tendenz zur Gründung von NGOs mit konkreten Anliegen im Gesundheits-, Bildungs- oder Umweltbereich mit jeweils lokalem Bezug gegenüber den 1990er Jahren; diese Dezentralisierung erschwert ausländischen Einrichtungen die Kooperation.

Unverändert geblieben ist hingegen die interne Struktur der NGOs, die (wie die Parteien) sehr personalisiert und damit in der Regel undemokratisch organisiert sind.¹⁷⁷ Ihre einzige Existenzgrundlage besteht oft darin, Partner einer ausländischen Einrichtung zu werden und durch Teilhabe an Hilfsgeldern die Alimention der NGO-Kader zu sichern. Daho Djerbal, Historiker und Herausgeber der Zeitschrift *Naqd* („Kritik“), wies auf das massive Angebot von Programmen und Projekten durch ausländische Einrichtungen bzw. die EU¹⁷⁸ hin, das bei weitem die Absorptionskapazität des NGO-Sektors (bezüglich der Durchführung sinnvoller Projekte) übersteigt. Wie, so Djerbal, kann dieses Angebot „verdaut“ werden? Da die Zielgruppe von Hilfe sehr klein sei (Frauenorganisationen, diverse Menschenrechtsgruppen, junge Unternehmer usw.), gebe es nicht nur eine Bieterkonkurrenz, sondern den lokalen Empfängern wurde es auch leicht gemacht, eigene Interessen zu verfolgen. Djerbal zog die Seriosität des lokalen Engagements in vielen Fällen deutlich in Zweifel. Den ausländischen Demokratisierungsambitionen sei deshalb wenig Tiefenwirkung und Nachhaltigkeit beschieden.

Die deutschen politischen (Partei-)Stiftungen, die seit 2000 sukzessive Büros in Algier eröffneten,¹⁷⁹ engagieren sich in den Bereichen „Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“, „Förderung der Zivilgesellschaft“, „Förderung freier und unabhängiger Medien“ und „Förderung der (sozialen) Marktwirtschaft“. Der derzeitige Handlungsrahmen für die Stiftungen wird zwar von der Vertreterin der Konrad-Adenauer-Stiftung größer eingestuft als vor fünf Jahren, Algerien bleibe aber ein autoritär strukturiertes Land, das bislang seine Kontrolle über die Zivilgesellschaft trotz aller aktuellen Freiräume nicht aufgegeben

und 57.000 lokale NGOs in 20 Sparten; das Vereinsgesetz („Loi sur les associations“) vom 4.12.1990 (Gesetz 90-31) regelt ihre Gründung und Aktivitäten. Der Kommentar in *Le Maghreb* (Algier, 26.9.2004): „Démocratie sans partis ou partis sans démocratie“ läßt sich auf die Zivilgesellschaft übertragen; Daho Djerbal benennt das Verhaftetsein in alten Denkstrukturen als Haupthindernis für eine Demokratisierung.

¹⁷⁸ Vgl. z.B. El Watan, Algier, 9.7.2004 (Associations algériennes. Un million d’euro d’aide).

¹⁷⁹ Die Konrad-Adenauer-Stiftung 2000, die Friedrich-Ebert-Stiftung 2002 und die Friedrich-Naumann-Stiftung 2004; bis dahin wurde Algerien von anderen Standorten aus mitbetreut. Die historisch längsten Beziehungen nach Algerien unterhält seit Ende der 1950er Jahre die Friedrich-Ebert-Stiftung; vgl. zu den Aktivitäten ihre Website (www.fes.de/fes6/inhalt/in_alg.htm).

habe. Die Arbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen im Land sei schwierig, insbesondere die Suche nach adäquaten Partnern. Nötig sei deshalb ein Repertoire von NGOs für das ganze Land, das bislang aber nicht existiere.¹⁸⁰ Daho Djerbal meinte denn auch zu Recht, der strategisch wichtigste Punkt für das Engagement in Algerien sei die „Suche nach den potentiellen Akteuren, die (jenseits der Frage: Welche Demokratie?) für den Demokratisierungsansatz überhaupt in Frage kommen“. Hinzu komme das aktuelle ungünstige Umfeld, denn die algerischen demokratisch-liberal gesinnten Akteure stünden intern stark unter Druck, weil sie „westliches“ und damit fremdes, unislamisches Denken verankern wollten. Angesichts des Irakkrieges, uneingeschränkter US-Hilfe zugunsten Israels und der praktizierten Doppelstandards hätten es Islamisten und Nationalisten leicht, den Schutz der nationalen Identität zu propagieren.

Vor diesem Hintergrund waren die Gespräche mit den Menschenrechts- und Frauenorganisationen wenig ergiebig. Die staatliche *Commission Nationale Consultative de Promotion et de Protection des Droits de l'Homme* war nur zu einem über das Außenministerium arrangierten Gespräch bereit, die anderen wie die LADHH trugen in der Substanz nichts Neues zur Thematik bei.

Analog die Frauenorganisationen: Die *Union Nationale des Femmes Algériennes* (UNFA) verschanzte sich wie die UGTA hinter der Vorgabe des Präsidenten, und die zahlreichen anderen Frauenorganisationen hatten „andere Sorgen“, u.a. die für sie zentrale Auseinandersetzung mit dem Gesetzentwurf zur Modifikation des Personalstatuts von 1984.

5. Perspektiven politischer Reformen in Algerien

Die Perspektiven des politischen und ökonomischen Reformprozesses in Algerien sind schwierig einzuschätzen. Selbst die Analyse der strukturellen Bedingungen lässt keine Aussagen zur zukünftigen Reformintensität und Reformgeschwindigkeit zu. Die einzig mögliche konkrete Aussage betrifft die Reformsektoren, wo von einem Primat der ökonomischen Reformen gegenüber politischen Reformen ausgegangen werden kann.¹⁸¹ Die Aufrechterhaltung der politischen Kontrolle über alle Reformprozesse ist jedoch in jedem Fall sakrosankt.

¹⁸⁰ Die Konrad-Adenauer-Stiftung unternahm 2003 einen ersten Anlauf in diese Richtung. Vgl. den von der Stiftung herausgegebenen „Guide des associations de la Wilaya d'Alger“ (Algier 2003, 74 S.).

¹⁸¹ Sowohl für den ökonomischen wie politischen Bereich gilt, dass Maßnahmen, die Reformen begünstigen, neben solchen stehen, die den Status quo zementieren.

Augenfällig ist die positive Selbstwahrnehmung des inneralgerischen Ist-Zustandes: Präsident Bouteflika stellt demokratische Grundstrukturen fest und alle Parteien nennen sich selbst demokratisch.¹⁸² Auch aus dem arabischen Ausland kommen positive Stimmen: Amr Musa, Generalsekretär der Arabischen Liga, bezeichnete Algerien in Bezug auf Reformen als „arabische Lokomotive“.¹⁸³ Die Ablehnung externer Reformaufrufe und Demokratisierungsinitiativen, das Postulat des „es betrifft uns nicht“, liegt somit in der Logik dieser Selbstwahrnehmung. Reformaufrufe und Demokratisierungsinitiativen gelten als überflüssig und fehl am Platz.

Diese Einschätzung ist jedoch nur eine Seite der Wahrnehmung, denn real sind nicht nur ein hoher Reformstau und Demokratiedefizite festzustellen, sondern es ist auch ein Verhalten Präsident Bouteflikas zu konstatieren, das trotz des Bekenntnisses zu (wirtschaftlichen) Reformen und der Dekretierung entsprechender Teilmaßnahmen zur Stärkung des Autoritarismus und Zaimismus tendiert. Algerische Kommentatoren sprechen denn auch zunehmend von „Fassadendemokratie“ und einem geschickten Taktieren des Präsidenten, um letztendlich die persönliche Macht zu sichern.¹⁸⁴

In welcher Form sich dieser Machtkonsolidierungsprozess und die ökonomischen (und politischen) Reformen fortsetzen ist abhängig von den inneralgerischen Kräfteverhältnissen, weniger von den ideologischen Modellen,¹⁸⁵ die manche algerischen Analysten je nach politischem Standort als nachahmungswert empfehlen.¹⁸⁶

Die Entwicklung des Kräfteverhältnisses zwischen Reformprotagonisten und Reformgegnern kann mittelfristig dabei zu drei Ergebnissen führen:

(1) einem Scheitern des Reformprozesses

Diese Möglichkeit wird speziell von Abderrahmane Mebtoul nicht ausgeschlossen und mit der politisch-ökonomisch-juristischen Gesamtlage begründet. Diese sei gekennzeichnet durch mangelnde Transparenz und

¹⁸² Vgl. den Kommentar von Khelladi, Bouteflika a.a.O., S. 210, wo es heißt: „Il n'est pas nécessaire de chercher les démocrates dans un parti puisque tous les partis, à tort ou à raison, se réclament de la démocratie.“

¹⁸³ Vgl. L'Expression, Algier, 17.3.2005 (Ahmed Fattani interviewe Amr Moussa: Alger – locomotive arabe).

¹⁸⁴ Vgl. z.B. die ausführliche Analyse von Chérif Belkacem, in: El Watan, Algier, 19.3.2005 (Bouteflika impose la vitrine ultralibérale en solution de pouvoir personnel).

¹⁸⁵ Das islamische Modell des Iran, das säkulare der Türkei oder das „gemischte“ Ägyptens.

¹⁸⁶ Vgl. als Überblick Khelladi, Bouteflika a.a.O., S. 247 (De modèle en modèle) sowie derselbe, Démocratie a.a.O., S. 134.

mangelnde Kohärenz der eingeleiteten Schritte, durch die Zweideutigkeit gesetzlicher Regelungen mit der Möglichkeit der legalen Blockade von Reformen, die Vervielfachung von Akteuren ohne genaue Kompetenzabgrenzung, die Existenz von Gruppen, die wegen des Verlusts von Marktanteilen oder wirtschaftlichen Einflussmöglichkeiten gegen Reformen eingestellt sind und protektionistisch agieren.¹⁸⁷ Hinzukommen die massive Korruption und die bürokratische Verkrustung.

(2) einer Aufrechterhaltung des Status quo

Der Status quo ist gekennzeichnet vom Auseinanderklaffen der makro- und mikroökonomischen Lage¹⁸⁸ und einem fehlenden politischen Willen, die Kräftebeziehungen zwischen Reformern und Reformgegnern mittels eines dezidiert artikulierten Willens definitiv in die eine (Reformabbruch) oder andere Richtung (Reformbeschleunigung) zu zwingen.

(3) einem Erfolg des Reformprozesses

Der Erfolg des Reformprozesses ist gleichfalls im politisch-ökonomisch-juristischen Umfeld angelegt und zwar dann, wenn sich die Reformbefürworter in Regierung, Administration, Wirtschaft, Parteien und Zivilgesellschaft zur konzertierten Aktion zusammenfinden und mit Hilfe externer Akteure (u.a. Kooperation im Fortbildungsbereich; Managementtechniken; neue Kommunikationstechniken) konsequent und unter Ausnutzung aller mobilisatorischen und informationspolitischen Möglichkeiten ihr Reformanliegen offensiv vertreten und der Bevölkerung plausibel machen, dass Reformen der langfristige einzig richtige Weg sind.¹⁸⁹ Die absehbar hohen Deviseneinnahmen und der Rückgang der Unsicherheit bzw. terroristischer Aktivitäten bilden dabei den Rahmen, Algeriens geoökonomisch zentrale Stellung in Nordafrika abzusichern.

Welches der drei Szenarien für den ökonomischen Reformprozess konkret eintreten wird, hängt vom Kräftespiel der internen Akteure ab, die sich ihrerseits derzeit im Zustand der Neuformierung befinden.¹⁹⁰

¹⁸⁷ Vgl. ausführlich Mebtoul, a.a.O., S. 175.

¹⁸⁸ Die makroökonomische Lage kann auf der Basis der hohen Deviseneinnahmen als tendenziell reformunterstützend interpretiert werden; die mikroökonomische Lage (geringe Kaufkraft, hohe Arbeitslosigkeit) wirkt sich eher reformhinderlich aus, weil die hohen Renten die Forderung nach sozialpolitischem Handeln verstärken.

¹⁸⁹ Dies setzt aber auch voraus, dass die Regierung weiß, was sie will und mit einer Stimme spricht; gegenwärtig ist dies jedoch nicht der Fall. Vgl. Financial Times, London, 14.4.2005 (Algeria sends out conflicting signals on democratic reform).

¹⁹⁰ Vgl. das Kapitel „Recomposition du champ des élites“, in: Grim, Nordine, a.a.O., S. 131-134 sowie das Interview mit Daho Djerbal in *El Watan* (Algier, 27.2.2005: Nous payons le prix des renoncement des politiques du FLN), wo er meinte: „La

Dies betrifft die Herausbildung einer neuen Schicht von Privatunternehmern und Managern wie Issad Rabrab, Djilali Mehri, Hakim Cherfaoui, Slimane Ait Yala u.a., einer neuen Gewerkschaftsgeneration außerhalb der UGTA, einer Generation unabhängiger Analysten, die sich Gehör zu verschaffen wissen, und Frauen, die in verschiedenen Bereichen bis hin zum Justizapparat in den letzten Jahren zunehmend auch Führungspositionen übernahmen;¹⁹¹ alle zusammen bieten zunehmend den alten Partei- und Funktionseleiten Paroli.

Auf die Frage, die sich auch die Algerier derzeit selbst stellen, nämlich „Welche Zukunft hat Algerien?“, gibt es derzeit aber nur die Antwort, dass die politische und ökonomische Transformation ungewiss, d.h. ergebnisoffen ist. Dies gilt folglich auch für die von den westlichen Staaten gewünschte Demokratisierung, die von der *Economist Intelligence Unit* in ihrem jüngsten Bericht pessimistisch eingeschätzt wurde.¹⁹² Für den erfolgreichen Einsatz externer Reform- und Demokratisierungsinitiativen fehlt jedenfalls bislang der adäquate kooperationswillige inneralgerische Unterbau, der Demokratie (im westlich liberalen Verständnis) langfristig zu einer realistischen Alternative machen würde.

société a non seulement changé, mais elle se transforme aussi rapidement. De nouveaux agents sociaux et de nouveaux entrepreneurs sont en train d'apparaître“.

¹⁹¹ Allein in der *Association Algérienne des Femmes Entrepreneurs* (SEVE) sind mehr als 400 Frauen zusammengeschlossen.

¹⁹² Vgl. Economic Intelligence Unit: *The dynamics of democracy in the Middle East*, London, März 2005, 51. S. (Text unter: www.eiu.com). Dort heißt es unter der Überschrift „Outlook for democratisation“ (S. 10): „Mr Bouteflika is beginning to display the classic signs of a president whose successes have gone to his head. He is craftily positioning himself as someone who can deliver both peace and economic reform &...?. The subtext is that democratisation will have to take a back seat. &...? there is a chance that the president will rewrite the constitution in order to allow himself to stand for a third term in 2009 &...?“